

CROSSING ARMS

DAS GUTE LEBEN ERKÄMPFEN!

CROSSING FIGHTS

FRANKFURT, RHEIN-MAIN BIS TRANSNATIONAL

BEWEGUNGSFREIHEIT



STADT FÜR ALLE

TRANSNATIONAL STRIKE



FREIE SOZIALE
INFRASTRUKTUR



INHALT

Intro.....	3
Eine kurze Geschichte des Ratschlags Rhein-Main.....	5
Es gibt keine Gebrauchs- anweisung für das „Gute Leben“	8
Prekär - ohne Gewähr!.....	15
Prekärstation im Ostend.....	20
INTERVIEWS: Faire Mobilität	22
Netzwerk Soziale Arbeit.....	23
Anhaltende Kämpfe um Bewegungsfreiheit und Bleiberecht.....	26
INTERVIEWS: Projekt Shelter.....	30
Teachers on the Road.....	32
Für Frankfurt wäre eine Kampagne der Skandalisierung des Leerstands von Büroraum wirklich angesagt!.....	34
Das Herz der Bestie Wendlandisieren: Blockupy, No Troika und die Metropole am Main.....	39
Und wie weiter?.....	46

INTRO

WARUM DIESE REGIONALE BROSCHÜRE?

WER WIR SIND ...

Wir sind eine kleine Gruppe von Aktivist*innen, die sich auf regionaler Ebene in verschiedenen sozialen Kämpfen engagieren. Seit vielen Jahren wirken wir mit in den Netzwerken der Erwerbsloseninitiativen und im antirassistischen Widerstand. Einige von uns waren und sind zudem in den Mobilisierungen von Blockupy und bei NoTroika aktiv. Im Herbst 2013 hatten wir uns zunächst am Vorschlag für den Aufbau eines Regional-Rates beteiligt, doch der erhoffte Impuls für eine verbindlichere Struktur und verbesserte Handlungsfähigkeit in Rhein-Main ist daraus zunächst nicht erwachsen. Mit weiteren Treffen und Veranstaltungen in 2014 und 2015 (siehe Chronologie) wollten und wollen wir dennoch an der Idee einer sowohl thematisch- wie auch spektren-übergreifenden Vernetzung festhalten.

... UND WAS WIR WOLLEN

Wir sind überzeugt, dass ein regelmäßiger Austausch und eine kontinuierliche Zusammenarbeit der unterschiedlichen lokalen Initiativen notwendig sind, um einen nachhaltigen Prozess der emanzipativen gesellschaftlichen Veränderung voranzutreiben. In Rhein-Main gibt es eine Vielzahl von Gruppen und Bündnissen in allen möglichen inhaltlichen Feldern. Einige arbeiten in langfristig angelegten Strukturen und haben in ihren Bereichen profundes Wissen und viele praktische Erfahrungen gesammelt. Andere stecken in Kampagnen und bewegen sich mit den Dynamiken temporärer Protestwellen. Beides ist im besten Fall sporadisch miteinander verknüpft und es gelingt in einzelnen Momenten, inhaltliche Brücken zwischen unterschiedlichen Handlungsfeldern herzustellen. Doch insgesamt dominiert das inhaltliche und praktische Nebeneinander, eine Zersplitterung und Ungleichzeitigkeit, die selten gesamtgesellschaftliche Alternativen aufscheinen lässt. Das gemeinsame Wirkungspotential bestehender radikaler Alltags- und Kampagneninitiativen erscheint uns jedenfalls um einiges größer als das, was sich bislang in Rhein Main bewegt. Und an dieser Einschätzung wollen wir weiter ansetzen.

OFFENE FRAGEN ...

Doch warum funkt es bislang nicht, damit sich ein kontinuierlicher, wachsender übergreifender Ansatz herausbildet? In vielen Einzelgesprächen erleben wir Zustimmung zur Perspektive übergreifender Vernetzung. Im konkreten finden sich die meisten überlastet in ihren jeweiligen Feldern und verlieren den Sinn des gegenseitigen Austauschs und der Koordination. Eine Balance zu finden zwischen der Fokussierung im eigenen Feld und der dauerhaften Bemühung um Bündelungen scheint schwer zu realisieren. Und es bleiben bislang zu wenige Personen, die diesen Anspruch umzusetzen versuchen.

Doch neben der Kapazitätsfrage stellt sich auch das Problem der Abgrenzungen. Der eigene inhaltliche Schwerpunkt, angereichert um mehr oder weniger ideologisierte Vorstellungen von gesellschaftlicher Veränderung, wird häufig zum Tellerrand, über den nicht mehr wirklich hinausgesehen werden will. Sicherlich gibt es Polarisierungen innerhalb der radikalen Linken, die eine Zusammenarbeit schwierig bis unmöglich ma-

chen. Doch das Feld der Gemeinsamkeiten erscheint uns wesentlich größer als die bisherigen Bereitschaften, mit gegenseitigem Respekt unterschiedliche Ansätze in einen übergreifenden Rahmen zu bringen.

Wir wollen nicht behaupten, dass eine stärkere gemeinsame Organisierung der emanzipativen Linken automatisch mehr Bewegung oder gar Aufbruchsstimmung schaffen würde. Soziale Dynamiken bleiben unberechenbar, es sind nicht plan- und schon gar nicht organisierbare Anlässe und Konflikte, die die sozialen Verhältnisse bisweilen zum Tanzen bringen. Aber es macht für uns einen Unterschied, ob und wie eine regionale Linke in sozialen Aufbrüchen interventionsfähig ist, und wie sie auch in bewegungsarmen Zeiten ihre Handlungsfähigkeit auszubauen sucht.

... UND KONKRETE SCHRITTE

Durchsetzungsstrategien zu entwickeln, erscheint uns eine der zentralen Herausforderungen an eine gesellschaftlich aktive Linke, die mehr will als in gelegentlichen Protestzyklen mitzumischen und mehr oder minder abstrakte Ideen einer anderen Welt zu proklamieren. Wir suchen nach einem antikapitalistischen Aktionsprogramm, das regional erreichbare radikale Reformen und zunächst unerreichbare längerfristige Ziele in ein spannendes gegenseitiges Verhältnis bringt. Dafür zielen wir auf ein kontinuierliches regionales Netzwerk als gemeinsamem Rahmen für Reflektion, Austausch und punktuelle übergreifende Initiativen.

In konkreten Forderungen nach "sozialer Infrastruktur" sehen wir einen potentiellen Kristallisationspunkt, der unterschiedliche lokale soziale Initiativen in einen verbindenden Prozess bringen kann. Dieser muss sich auf die anhaltend starken Kämpfe um Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte beziehen, in offensiver Solidarität mit den Geflüchteten und Migrant*innen, und gegen alle rassistischen Spaltungen von oben und im unten. Das heisst, wir wollen diskutieren, wie das Recht auf Wohnraum, auf Zugang zu medizinischer Versorgung, auf Bildung/Sprachkurse und auf ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, die hier leben wollen, in realisierbaren Zwischenschritten angepackt und umgesetzt werden kann, ohne den Blick auf die weiteren Perspektiven zu verlieren.

Im gleichen Kontext steht für uns der Widerstand gegen die zunehmende Prekarisierung der Arbeitswelten. Entsprechend suchen wir nach einer Anbindung an aktuelle regionale Betriebskämpfe und Streikerfahrungen. Dabei bietet die Debatte um einen "sozialen transnationalen Streik" die Möglichkeit einer direkten Rückbindung an die Kämpfe um "soziale Infrastruktur". Wir teilen jedenfalls das Anliegen, im Begriff der Prekarisierung – und des Widerstandes dagegen – den Bezug auf Arbeits- und Lebensverhältnisse miteinander zu verknüpfen.

EINLADUNG

Wir laden also ein zur übergreifenden Debatte und hoffen, dass in diesem Suchprozess mehr und mehr Menschen aus den unterschiedlichen Teilbereichen zusammen "auf den Geschmack kommen", was zu gewinnen ist im gegenseitigen Lernen und was erreicht werden kann im Zusammenwirken.

Mit dieser Broschüre nehmen wir dazu einen neuen Anlauf. Wir haben Texte und Interviews aus den sozialen Feldern zusammengestellt, in denen wir selbst aktiv sind, sowie einige andere Gruppen angesprochen, die eine übergreifende Perspektive jedenfalls theoretisch teilen. Wie sich der Prozess (erneut) praktisch anpacken lässt, wollen wir in den nächsten Wochen – auch an den Reaktionen auf diese Broschüre – diskutieren. Ein erstes entsprechendes Treffen wird im Dezember stattfinden und wir werden sicherlich auch 2016 weitere Male am runden Tisch sitzen. Zudem bieten wir aber auch unseren Blog als Medium des weiteren Austauschs an: www.letempdescerises.blogspot.de

Viel Spaß bei der Lektüre, das Redaktionsteam

Kontakt: regionalerratschlag@riseup.net

EINE KURZE GESCHICHTE DES REGIONALEN RATSCHLAGS RHEIN-MAIN

EIN ANTIKAPITALISTISCHES FORDERUNGSPROGRAMM FÜR DIE REGION (2012/2013)

Die Idee des regionalen Ratschlags stand im Zusammenhang der Blockupy-Proteste und wurde in ihren Anfängen von einer Aufbruchsstimmung geprägt, die sich u.a. in der Vision der „Rhein-Main-Region als Wendland des antikapitalistischen Protests“ (1) ausdrückte. In Folge der zweiten großen Blockupy-Aktionstage im Jahr 2013 sollte eine spektrenübergreifende Vernetzung vorangetrieben werden, mit der Perspektive, ein „demokratisches und zugleich antikapitalistisches Forderungsprogramm“ (1) zu entwickeln. Dabei sollte es zum einen um die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Linken im Rhein-Main-Gebiet gehen, insbesondere da die regionale Mobilisierung zu Blockupy nach der damaligen Einschätzung noch ausbaufähig schien. Zum anderen sollte auch der inhaltliche Austausch gestärkt werden.

Wir verfolgten das Ziel, mit einem gemeinsamen Forderungsprogramm Kämpfe stärker miteinander zu verbinden. Kämpfe „für eine Gesellschaft, deren Lebensweise global verallgemeinerungsfähig und ökologisch zukunftsfähig ist, deren Menschen gleichberechtigt über alle Fragen der Daseinsvorsorge gemeinsam entscheiden, für eine Gesellschaft der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, der wirklichen Gleichgewichtigkeit von Produktion- und Reproduktionsarbeit, eine Gesellschaft ohne Herrschaft von Menschen über Menschen, ohne Nazismus und Krieg, ohne Antifaschismus“. (1) Wer sollte in die Initiative einbezogen werden? Erklär-Akteur*innen der jeweiligen



Zu einem ersten größeren Treffen im August 2013 kamen immerhin ca. 35 Personen aus einem recht vielfältigen Spektrum, von Flughafenprotesten über Antiragruppen, Zusammenhängen kritischer Bildungs- und Gesundheitspolitik, Blockupy, Erwerbsloseninitiativen, Antifa und gewerkschaftlichen Gruppen zusammen. Einige wichtige Akteur*innen konnten schon zu Beginn und im Laufe der Zeit dagegen nur unzureichend eingebunden werden, etwa migrantische Gruppen, junge Menschen und feministische Zusammenhänge.

Beim ersten Treffen wurden folgende Leitfragen diskutiert: 1. Aus welchem politischen Kontext kommen wir? 2. Was sind unsere Forderungen?, 3. Sehen wir mögliche antikapitalistische Schnittmengen mit den Forderungen anderer Gruppen?, 4. Vor welchen Herausforderungen stehen wir?

Wenngleich das Ziel einer vertieften spektrenübergreifenden Vernetzung von vielen geteilt wurde, gingen die Vorstellungen eines Ratschlags, eines antikapitalistischen Forderungsprogramms und auch die Einschätzung eigener Kapazitäten für ein entsprechendes Projekt noch recht weit auseinander.

Fortan fanden regelmäßige Treffen statt, in denen u.a. intensiv über unsere Verständnisse von Antikapitalismus diskutiert wurde. Ein weiterer Fokus lag dabei im Konzept eines ‚radikalen Reformismus‘ also bei der Frage, inwiefern es möglich ist durch realpolitische Forderungen, die zunächst auf Reformen zielen, mittelfristig einen radikalen Bruch zu forcieren. Unterschiedliche Vorstellungen gesellschaftlicher Veränderung, von Reform zu Revolution und Transformation standen sich gegenüber. Es fanden viele spannende Diskussionen statt, ohne dass sich rasch auf eine gemeinsame Erarbeitung des anvisierten Forderungsprogramms ver-

ständig wurde. Nicht alle teilten die Einschätzung, dass darüber tatsächlich eine stärkere Handlungsfähigkeit hergestellt werden könnte.

Um Anregungen für das weitere Vorgehen zu erhalten, organisierte die Initiative im Herbst 2013 Veranstaltungen mit Karl Heinz Roth über dessen „Aufruf für ein egalitäres Europa (2)“ und mit Manfred Sohn über dessen Buch „Der Dritte Anlauf. Alle Macht den Räten“ (3).

Die erste Veranstaltung mit Karl Heinz Roth war sehr gut besucht. In seinem Aufruf konstatiert Roth die Notwendigkeit eines breiten Widerstands in den sogenannten Kernländern der Europäischen Union. Als Träger*innen dieses Widerstands benannte Roth insbesondere Prekäre und Erwerbslose, Migrant*innen, Menschen in alternativer Ökonomie, Basisinitiativen und linke Gruppen in gewerkschaftlichen Kontexten. Themen, die Verbindungslinien zu den Protestbewegungen in den südlichen EU-Ländern ermöglichen, wären u.a. Recht auf Stadt und der Widerstand gegen Zwangsräumungen sowie die Gesundheitsversorgung. Bezogen auf das Rhein-Main-Gebiet, das auch Gegenstand der Veranstaltung sein sollte, wurde zudem der Flughafen benannt, mit dem sich verschiedene Protestthemen verbinden. Blockupy wurde in der anschließenden Diskussion als eine wichtige Möglichkeit der Vernetzung regionaler Kämpfe verstanden.

Die zweite Veranstaltung mit Manfred Sohn fand in etwas kleinerer Runde statt. In seinem Buch bezieht sich Sohn auf die Pariser Commune von 1871 und die Oktoberrevolution 1917 und tritt für eine modulare, dezentrale, auf Räte gestützte antikapitalistische Praxis auf kommunaler Ebene ein. Forderungen des marxistischen Feminismus (Frigga Haug) sind darin einbezogen. Mit Blick auf zu fokussierende regionale Auseinandersetzungen wurden Arbeitskämpfe in den Blick genommen (Neckermann, Maredo), Leiharbeit, Kämpfe um bezahlbaren Wohnraum, demokratische Bildung, Antimilitarismus und Antirassismus.

FRAGEND SCHREITEN WIR VORAN! (2014)

Eine kleine Koordinierungsgruppe traf sich fortan regelmäßig und bereitete eine ganze Reihe von weiteren Veranstaltungen und Ratschlägen vor. Das Zeitfenster im Vorfeld der EZB Eröffnung sollte genutzt werden um Raum für übergreifende Diskussionen zu schaffen ohne von Pragmatismus getrieben zu werden. Ziel war es gesellschaftliche Alternativen verstärkt in den Blick zu nehmen und Verbindungslinien zwischen alltäglichen Kämpfen vor Ort und grundlegenden Alternativen zum Bestehenden zu knüpfen.

Geplant waren unter dem Titel „Kommunaler Widerstand und gesellschaftliche Perspektiven“ vier thematisch enger gefasste Versammlungen und eine übergreifende Versammlung am Schluss. Die Idee eines Forderungsprogramms wurde dabei keineswegs aufgegeben, sondern sollte mittels der Versammlungen vorangetrieben werden. Als inhaltliche Schwerpunkte wurden Arbeit/Prekarität/Erwerbslosigkeit, Ökonomisierung der Bildung und Flucht/ Migration - vorgesehen. Umgesetzt wurde nur die Versammlung zu Flucht und Migration. Im Bereich Arbeit/Prekarität/Erwerbslosigkeit mangelte es an der erforderlichen Vielfalt von Gruppen. Diskussionen aus dem Bereich Arbeit/Prekarität/Erwerbslosigkeit aufnehmend, entschieden wir uns daher, im September 2014 einen „Ratschlag: Kämpfe für ein gutes Leben!“ zu organisieren. Dies ist eine Diskussion, die insbesondere aus verschiedenen sozialen Kämpfen in Lateinamerika zu uns herüberreichte, aber auch in anderen Zusammenhängen (z.B. Gewerkschaften, Parteien, Erwerbslosengruppen, philosophische Kreise) diskutiert wird. Im Bildungsbereich konstituierte sich eine thematische AG, die Gruppen im Bereich Bildung nach Forderungen und Handlungsfeldern befragte, eine eigene Versammlung ergab sich daraus nicht.

Um den offenen Prozess, der sich nunmehr herausgebildet hatte zu entsprechen wurde im Lauf der Zeit eher die Bezeichnung ‚antikapitalistischer Ratschlag‘ für das Vorhaben der Initiative verwendet und weniger von einem ‚regionalen Rat‘ gesprochen.

COMMONS UND SOZIALE INFRASTRUKTUR (2015)

Eine dritte Phase begann für die Initiative, als klar wurde, dass das Projekt nur dynamisiert werden kann, wenn wir stärker in die Öffentlichkeit treten, also öffentlich zu unseren Treffen einladen, und uns auf ein übergreifendes Thema einigen, an das verschiedene Gruppen in ihren aktuellen Kämpfen und Auseinandersetzungen anknüpfen können.

Unter dem Titel „Krise, Alltag, Widerstand. Zwischen Wunsch und Realität“ stellten wir im Februar 2015 die Frage warum, trotz allgemeiner Krise in Europa, es in Deutschland zu keinen nennenswerten Protesten gekommen ist. Festgestellt werden konnte, dass innerhalb des Widerstandes gegen die Troika-Politik es bisher nicht gelungen ist, Verbindungslinien zwischen täglichen Kämpfen vor Ort und einer grundlegenden Alternative zu den herrschenden Verhältnissen herzustellen.

Im April 2015 beschäftigten wir uns in einer weiteren Veranstaltung mit dem Thema „Von den Commons zum sozio-kulturellen Existenzminimum“. Dabei stand, im Zusammenhang mit dem Zusammenführen verschiedener Bereiche der Daseinsfürsorge auch das Konzept der „Sozialen Infrastruktur“ im Blickpunkt. Commons wird dabei als Aneignungsprozess und Soziale Infrastruktur als Garantie von Rechten verstanden. In dem Spannungsfeld zwischen beiden lassen sich mögliche Bündelungspunkte verorten. Das neue Konzept soll in etwas Gemeinsames münden, wobei die Kämpfe um bezahlbaren Wohnraum, von Erwerbslosen und von Migrant*innen/Flüchtlingen und Studierenden und Schüler*innen einbezogen werden könnten. Ebenso kann das Thema der Prekären Arbeitsverhältnisse hier anschlussfähig sein.

Forderungsschwerpunkte wären hier eine Grundversorgung ohne Verpflichtung zur Erwerbsarbeit bis hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen/Existenzgeld sowie eine freie soziale Infrastruktur, die u.a. Gesundheitsversorgung, Care Revolution, Bildung, den öffentlichen Nahverkehr und Internet umfasst. Im Sinne einer ‚Stadt für alle‘ sind zudem Bleiberecht, würdige Unterbringung und bezahlbarer Wohnraum zentral.

Fußnoten:

(1) wurfbude.wordpress.com/2012/11/08/ein-antikapitalistisches-forderungsprogramm-fur-die-rhein-main-region-diskutieren/

(2) (von Karl Heinz Roth & Zisis Papadimitriou; August 2013), <http://egalitarian-europe.com/wb/pages/de/willkommen.php>

(3) peter-nowak-journalist.de/tag/der-dritte-anlauf-alle-macht-den-raten/

ES GIBT KEINE GEBRAUCHSANWEISUNG FÜR DAS „GUTE LEBEN“

In diesem Beitrag soll der Versuch unternommen werden, inhaltliche Gemeinsamkeiten verschiedener politischer Bewegungen zu skizzieren, die in einen Kampf für ein „gutes Leben“ münden könnten. Orientierungspunkte in diese Richtung sehen wir, neben der grundsätzlichen Kritik an Erwerbsarbeit, im Kampf für eine möglichst kostenlose soziale Infrastruktur. Die Forderung nach einer solcherart ausreichenden Grundversorgung könnte Bestandteil einer regionalen antikapitalistischen Perspektive sein.

DIE LAGE WAR SCHON BESSER!

Der immer wieder formulierte Anspruch innerhalb verschiedener sozialer oder politischer Gruppen an den Alltagskämpfen vor Ort anzuknüpfen, scheidet oft an der Prekarität derselben. Von der aktuellen Krise, die seit etwa 2008 wirkt, sind die deutschen Arbeitnehmer und Arbeitnehmer*innen (die zum Teil davon profitieren) und Erwerbslosen (die zum Teil immer in der Krise leben) bisher kaum betroffen. Die rot/grüne Agenda 2010 hat bereits frühzeitig den Weg bereitet für einen schleichenden Übergang zu einer „prekären Vollerwerbsgesellschaft“ (Klaus Dörre), mit hohen Beschäftigungszahlen, bei gleichzeitigen Niedriglohnquoten und beruflicher Dequalifizierung. Zwar gibt es immer wieder kleinere bis größere Konflikte und Auseinandersetzungen etwa im Bildungssektor, bei den Erwerbslosen, sowie kontinuierliche Flüchtlingsproteste und Streiks, wie im Dienstleistungsbereich, aber es sind zersplitterte Bewegungen, denen nicht selten die Dynamik des langen Atems und der grundlegenden Perspektive fehlt. Dabei ist der Analyse der „Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung“ (WSI) zuzustimmen, wenn sie darauf verweisen, dass „die meisten der gegenwärtig zu beobachtenden sozialen Auseinandersetzungen nicht auf Überwindung des Kapitalismus, sondern auf Teilhabe“ zielen.¹ Mit diesem Hinweis sollten aktuelle Kämpfe nicht diskreditiert werden, zumal auch „reformistische Routinen“² immer wieder auch politische Erfahrungen beinhalten, wie ein anderes, besseres Leben aussehen könnte, sondern nur deutlich gemacht werden, dass es sich bei den vielen Konflikten um Verteilungskämpfe handelt.

Der Zusammenhang zwischen Antikapitalismus und sozialer Frage wird selten gesehen, d.h. Alternativen zum Bestehenden spielen in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle, aber auch da, wo sie im Mittelpunkt stehen, z.B. die Forderung nach einem erwerbsarbeitsunabhängigen Einkommen anstelle von Hartz IV, sind sie kaum sichtbar und werden auch selten öffentlich diskutiert. Debatten über Alternativen jenseits des Kapitalismus und den entsprechenden Weg dahin, sind innerhalb der systemkritischen Linken nicht nur im Rhein-Main-Gebiet nur vereinzelt zu finden. Das bedeutet natürlich nicht, dass es solcherart diskussionswürdigen Alternativen nicht gäbe, aber sie finden zurzeit keinen Ausdruck in konkreten Kämpfen. Das Alltagsbewusstsein der einzelnen Akteur*innen schießt mehr auf materielle Besserstellung und günstigere Arbeitsbedingungen, als auf Übernahme des Betriebes. Warum auch, Protest und Widerstand stehen in engem Zusammenhang mit der jeweiligen Struktur eines gesellschaftlichen Systems und den Spielräumen, die den Menschen zugestanden werden. Solange diese „das Alltägliche leben können, rekonstituieren sich die alten Verhältnisse“³. Und ein Weiteres kommt hinzu: für viele sind frühere Alternativen in sich zusammengebrochen oder scheiterten auf ganzer Linie, wie der Staatssozialismus der UdSSR und DDR, internationalistische, revolutionäre Bewegungen wurden, kaum an der Macht, zu reaktionären Regimes und ein Großteil der sozialen Bewegungen in Deutschland aus den siebziger Jahren konnte durch die Integration in die Parteienpolitik nicht nur befriedet werden, sondern repräsentieren heute kapitalistische Bestandspflege.

1 Heft 5/2014, S. 336

2 Siehe: „Streiks sind Lehrstunden des Klassenkampfes“, in: Swing 191, 29.06.2015

3 Lefebvre, H.: Das Alltagsleben in der modernen Welt, Frankfurt 1972

VOLLBESCHÄFTIGUNG, WEDER ERSTREBENSWERT NOCH ERREICHBAR!

Wenn wir annehmen, dass die Subjekte der Gesellschaftsveränderung vom sozialen Status her gesehen zwischen Festanstellung, Prekarität und Erwerbslosigkeit liegen, so gibt es ein Merkmal, das zugleich Gemeinsames und Trennendes in sich birgt. Es ist die direkte oder indirekte Orientierung auf Lohnarbeit, die aber keine automatisch gemeinsamen Handlungsweisen produziert, sondern sich auch als Hemmschuh von Solidarität und gesellschaftlicher Umwälzungen erweisen kann. Denn: die Erpressbarkeit der betroffenen Menschen in und außerhalb der Produktion basiert auf der über Jahrzehnte propagierten Ideologie, Lohnarbeit sei alternativlos als Mittel zur Existenzsicherung.⁴

Ausdruck und Folge dieser hegemonialen Übereinkunft ist, dass um Lohnarbeit regelrecht gebettelt (oder wie bei Panasonic sogar gehungert⁵) wird, auch wenn sie längst keine Existenz, geschweige eine komfortable, sichern kann. Ähnliche Verhaltensweisen lassen sich auch bei Erwerbslosen feststellen („Nehme jede Arbeit!“). Erwerbsarbeit oder Sozialleistungen, die im direkten Zusammenhang zur Erwerbsarbeit stehen (z.B. Renten/Arbeitslosengeld I und II), sind wesentlicher Stabilisator kapitalistischer Verhältnisse. Als solche sind die Erwerbsarbeit und ihre Ausläufer fest verankert im Bewusstsein und Wertesystem jedes Einzelnen. Wer erwerbsarbeitet, blickt auf Erwerbslose herab, während diese wiederum Flüchtlinge als Konkurrenten um Arbeitsplätze und Sozialleistungen sehen. Diese Feststellung trifft natürlich nicht auf alle zu, ist aber ein Grundprinzip des Kapitalismus: Teile und Herrsche!

ANTIKAPITALISMUS BEINHÄLTET EINE RADIKALE KRITIK DER ERWERBSARBEIT!

Die ökonomische Entwicklung könnte zur Befreiung von Erwerbsarbeit beitragen, es wird immer weniger Arbeitszeit benötigt, um bestimmte, gesellschaftlich notwendige Produkte herzustellen, d.h. die Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle sind vorhanden!

Dass sich die Menschen des weniger Werdens von notwendiger Arbeit nicht freuen können, dafür sorgt ihre kapitalistische Formbestimmung als Lohnarbeit. Nur wer sich voll und ganz der Erwerbsarbeit zur Verfügung stellt, kann auf Anerkennung, entsprechende Entlohnung, Wertschätzung und Teilhabe hoffen.

Der Kapitalismus benötigt Lohnarbeit als Herrschaftsinstrument, um die Interessen bestimmter Gesellschaftsschichten zu wahren, während gleichzeitig die Verarmung großer Teile der Bevölkerung Jahr für Jahr zunimmt. Es kann geschlussfolgert werden, dass ein anderes, besseres Leben für alle unter diesen ökonomischen und sozialen Verhältnissen nicht möglich ist.



⁴ Siehe die immer wieder lesenswerten Ausführungen zu diesem Thema von Mag Wompel, z.B. „das linksradikale an der Staatsknete“, in: graswurzelrevolution 390/2014

⁵ Fünfzehn Mitarbeiter des Bildröhrenwerkes in Esslingen verweigerten im Mai 2010 mehrere Tage die Nahrung. Nach Bekanntgabe der Schließung des Werkes forderten sie, ohne Erfolg, neue Jobs oder eine gerechte Abfindung.

GUTES LEBEN, WAS IST DAS?

Das allgemeine Ziel einer anderen Gesellschaft kann mit der Forderung nach einem guten Leben umschrieben werden. Die dazu notwendige Auseinandersetzung impliziert eine breite Debatte über das *Wie will ich leben?*

Was benötige ich, das ich mir nicht kaufen kann?

Welchen Lebensstil präferiere ich im Zusammenhang mit Klimawandel und Konsumverhalten?

Für wen wollen wir produzieren (Markt oder Gemeinschaft?), welche Formen der Selbstorganisation im Zusammenleben sind notwendig?

Nach Skidelsky (Wieviel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens, München 2013) umfasst die Praxis des guten Lebens verschiedene Basisgüter (z.B. Gesundheit, Muße, Harmonie mit der Natur), die unter kapitalistischen Voraussetzungen für die Mehrheit der Bevölkerung nicht erreichbar sind.

Ähnlich ist das spanische Buen vivir (etwa in Ecuador, Bolivien und Venezuela), als eine ganzheitliche Vision, die die Einheit zwischen Mensch und Natur und das Leben in Harmonie in den Mittelpunkt stellt.

Das Ziel der Befreiung von der Lohnarbeit und die Perspektive für ein gutes Leben könnte ein wesentliches Verbindungsmerkmal von Erwerbslosen, Prekären und Erwerbsarbeitenden sein! In diesem Zusammenhang verorten wir antikapitalistische Kritik als Kritik an der Art und Weise des heutige dominierenden Arbeitens und Lebens, mit dem Ziel der Überwindung derselbigen und des Aufbaus einer selbstorganisierten, egalitären, demokratischen Gesellschaftsform. Wenn Antikapitalismus den heutigen Kapitalismus aufheben will, benötigt es nicht nur eine überzeugende Kritik der bestehenden Verhältnisse, sondern muss auch darlegen können, welche Alternative ein gutes Leben garantieren kann. Und es muss Wege aufzeigen, dieses Ziel zu erreichen.

SOZIALE INFRASTRUKTUR, COMMONS ODER WIE ODER WAS?

Orientierungspunkte sind für uns unter anderem die inhaltlichen Positionen der Gruppe „links-netz“ aus Frankfurt für eine besondere Art der sozialen Infrastruktur: „Emanzipative Gesellschaftsveränderung heißt heute nicht zuletzt, sich vom Denken in den Kategorien der Waren- und Arbeitsgesellschaft zu verabschieden (...). Es kommt vor allem darauf an zu erkennen, dass in einer hochproduktiven und arbeitsteilig verwobenen Gesellschaft die individuelle Lohnarbeit nicht mehr Maßstab und Grund für gesellschaftliche Anerkennung und materielles Wohlergehen sein muss und kann. (...) Die gesellschaftlichen Möglichkeiten lassen es zu, eine Soziale Infrastruktur zu entwickeln, die allen ein auskömmliches Leben ohne Arbeitszwang sichert. (...) Gesundheit, Bildung und Kultur, Verkehr und Wohnen.“⁶

Diese Veränderungen innerhalb fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften finden noch unter den Bedingungen von Markt und Staat statt, Elemente einer neuen Gesellschaft müssen bereits in der alten entstehen. Für Joachim Hirsch geht es darum, „den Kernbereich der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise, nämlich das Lohnarbeits- und das Warenverhältnis zwar nicht aufzuheben, aber grundlegend zu verändern. Ziel ist es, der immer weiter fortschreitenden Kommerzialisierung des Lebens und der gesellschaftlichen Beziehungen entgegenzutreten und damit Ansätze zu einer gesellschaftlichen Transformation zu schaffen. (...)

⁶ Hirsch, J./Brüchert, O./Krampe, E.-M. u.a.: Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur, Hamburg 2013

Eine wesentliche Lockerung des Arbeitszwangs und eine öffentlich finanzierte Versorgung mit den wichtigsten Grundbedürfnissen stehen in einem deutlichen Gegensatz zu der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise.“⁷ So ist zum Beispiel die Forderung nach Sozialpässen zum kostengünstigen oder kostenlosen Fahren mit Bahn und Bussen Teil der Kämpfe für eine allen zugängliche soziale Infrastruktur. Deren politische Verallgemeinerung kann auch die Verbindungen zu weiteren politischen Bewegungen fördern und öffnet Zugänge zu anderen debattierten Alternativen, etwa der Commonsdiskussion.

Das bedeutet nicht, dass beide Begriffe (Commons und Soziale Infrastruktur) identisch zu verwenden sind. Zum Teil drücken sie verschiedene Handlungszusammenhänge oder inhaltliche Bestimmtheiten aus. Für Thomas Gehrig ist Commons nur unzureichend geklärt, er sieht ihn als ein Art Container-Begriff, der mit unterschiedlichen, manchmal auch gegensätzlichen politischen Perspektiven belastet werden kann. Aus diesem Grund fällt es, nach seiner Meinung, auch schwer, das Verhältnis zur Sozialen Infrastruktur zu bestimmen. Als radikales Reformkonzept ist die Soziale Infrastruktur zwar teilweise staatszentriert, besitzt aber eine verallgemeinerbare soziale Reformperspektive und setzt auf Formen demokratischer Selbstbestimmung innerhalb der Institutionen der Sozialen Infrastruktur.⁸ Frühere und aktuelle Kämpfe bzw. Forderungen von Erwerbslosen orientieren sich in diese Richtung, wenn es um möglichst kostenlosen Zugang zu Bildung, Kultur, zum Gesundheitssystem, zu Mobilität, zu Telekommunikation/Internet, zu kostengünstigem Wohnraum, zu Strom (Energie), zu gesunder Ernährung usw. geht.

Auf einer Veranstaltung im Rahmen von Blockupy 2014⁹ betonte Werner Rätz die Notwendigkeit des Zusammengehens beider Praxen (soziale Infrastruktur und Commons) am Beispiel der Landlosenbewegung in Brasilien. Die dortige großflächige Landnahme sei einerseits eine direkte Aneignung und andererseits eine Verstetigung durch eine geforderte Landreform. Für Rätz repräsentiert Commons den Gemeinschaftsgedanken, also wir wollen selbstbestimmt etwas, am besten sofort, organisieren, während Soziale Infrastruktur den Gesellschaftsgedanken in sich trägt, also: Soziales ist staatlich organisiert, kann aber auch anders sein. Beides erscheint als Widerspruch, sollte aber seiner Meinung nach zusammen wirken.

Wenn Commons als Aneignungsprozess verstanden wird und eine möglichst kostenlose Soziale Infrastruktur als Garantie von Rechten gesehen werden kann, dann befinden sich mögliche Bündelungspunkte zur Steigerung der Handlungsfähigkeit politischer und sozialer Aktivitäten in diesem Spannungsfeld.

Das gleiche gilt für den Ansatz der solidarischen Ökonomien, die menschliche Bedürfnisse, ohne Orientierung auf Markt und Profit, in Form von Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen wollen. Für Exner/Kratzwald sind sie, ebenso wie Commons, „immer zwiespältig. Sie versorgen das Kapital mit kostenlosen Ressourcen, bilden aber auch Räume der Autonomie, in denen Widerstand und Alternativen entstehen können.“¹⁰ In dieser Zwiespältigkeit müssen sich entstehende und bestehende Ansätze mit Markt, Kapital und Staat auseinandersetzen. „Erst eine primäre Orientierung am „Guten Leben“, das sich zwangsweise den Markt zunutze machen, ihn gleichzeitig auch zurück drängen und überwinden muss, erlaubt die unabdingbare Flexibilität, schädliche Produktion einzustellen, die Früchte der Arbeit an alle je nach Bedürfnis gleich zu verteilen und wechselseitige soziale Kontrolle auf das Nötigste zu minimieren.“¹¹

Die daraus möglicherweise entstehende Postwachstumsökonomie, wäre dann die Summe der kooperierenden und verbindenden Ansätze von solidarischer Ökonomie und Commonspraxen, so Exner/Kratzwald weiter. Gutes Leben stellt sich somit nicht als eine Frage der individuellen Lebensstile dar, sondern würde, nach Auffassung von Barbara Muraca zu einer „öffentlichen Aufgabe (...) die kollektiv verhandelt werden muss.“¹² In diese Debatte fließen alle „Themen, Vorstellungen und Überzeugungen (ein), die für eine radikale gesellschaftliche Veränderung stehen. (...) Bei der Vision einer Postwachstumsgesellschaft, in der Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit verwirklicht werden sollen, geht es darum, das gute Leben wieder als eine politi-

7 Hirsch, J.: Radikaler Reformismus, in: Zelik, R./Tausch, A. (Hg.): Andere mögliche Welten?, Hamburg 2013, S. 105/106

8 Die Ausführungen beziehen sich auf ein Thesenpapier vom T. Gehrig, vorgelegt auf unserer Veranstaltung („Von den Commons zum sozio-kulturellen Existenzminimum“) am 24.04.2015 in Frankfurt

9 Wortbeitrag von W. Rätz im Rahmen des Workshops „Kämpfe um die soziale Infrastruktur in Europa“ am 21.11.2014

10 Exner, A./Kratzwald, B.: Solidarische Ökonomie und Commons, Wien 2012, S. 7

11 dito, S. 127

12 Muraca, B.: Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums, Berlin 2014, S. 11

sche Frage gemeinsam auszuhandeln und die Rahmenbedingungen ihrer Verwirklichung zu gestalten.“¹³ Die Forderung nach Sozialer Infrastruktur und die Realisierung von Commons bieten für viele Teilbereichskämpfe eine gemeinsame Perspektive an.

NACH DEN STERNEN GREIFEN OHNE DAS ESSEN ZU VERGESSEN!

Im Weiteren soll konkreter, am Beispiel verschiedener sozialer Kämpfe, genau diese Verbindung herausgearbeitet werden:

Der **Kampf von Mieter*innen um bezahlbaren Wohnraum**¹⁴ umfasst den Widerstand gegen Mietsteigerungen, für ausreichenden Wohnraum und gegen willkürliche Kündigungen, hat aber auch ein Interesse an Einkommens- bzw. Sozialleistungssteigerungen. Zudem besteht ein Interesse an mieterfreundlicher, genossenschaftlich orientierter Rechtsauslegung.

Der **Kampf von Erwerbslosen** umfasst die existenzielle Absicherung mit Erwerbsarbeit, aber auch ohne Erwerbsarbeit gut leben zu können. Dazu gehören ebenso bezahlbarer und ausreichender Wohnraum, wie auch die Rechte auf Zugang zu möglichst kostenloser Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Gesundheits- und Bildungsbereich.

Der **Kampf von Migrant*innen/Flüchtlingen** umfasst ein allgemeines Bleiberecht, die Versorgung mit bezahlbarem, angemessenem Wohnraum und die ausreichende existenzielle Absicherung mit und ohne Erwerbsarbeit. Dazu gehört auch der freie Zugang zum Gesundheits- und Bildungsbereich.¹⁵

Der **Kampf von Student*innen** umfasst den freien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen sowie selbstbestimmte Formen des Lernens. Dazu benötigt es eine umfassende existenzielle Absicherung.

Allen vier Gruppen fehlt es an einer umfassenden und ausreichenden existenziellen Absicherung ohne Gegenleistungen. Hinzu kommen fehlende grundlegende soziale Rechte und der freie Zugang zu sozialer Infrastruktur.

Erwerbslose, Mieter*innen, Student*innen und Flüchtlinge sind auch Teil von ökonomischen und sozialen Veränderungen innerhalb der Gesellschaft, in der sie leben. Mit Beginn der 90er Jahre ist eine Erosion des Normalarbeitstages feststellbar, deren Repräsentant der relativ gut bezahlte, weiße, männliche, auf Dauer angestellte Vollzeitbeschäftigte war, ausgestattet mit umfangreichen sozialen Rechten und nicht selten gewerkschaftlich organisiert. Die, insbesondere von der Sozialdemokratie vorangetriebene, Flexibilisierung der europäischen Arbeitsmärkte beschleunigen diesen Verfall, allerdings von Land zu Land sehr unterschiedlich. Resultat ist die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse. Dies sind nicht nur Arbeits- und Lebensverhältnisse ohne existenzsicherndes Einkommen, sondern es geht auch „um mangelnde Anerkennung der Arbeit und der Person, um betriebliche und soziale Isolierung, mangelnden Sozialversicherungsschutz und fehlende Qualifizierungsmöglichkeiten, um erschwerten Zugang zu oder die Verteuerung von öffentlichen Dienstleistungen und Sozialer Infrastruktur, um Verdrängung durch explodierende Mieten etc.“¹⁶ Die eigenen Lebensentwürfe der Betroffenen geraten ins Hintertreffen, die angebotenen Jobs sind kaum Quelle von Anerkennung. „Flexible Arbeitsmärkte haben zur Auflösung von beruflich geprägten Gemeinschaften beigetragen. Das ist der Grund, weshalb das Prekariat heute von keiner sozialen Erinnerung mehr zehrt, von keinem Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft voller Stolz und Status, Ethik und Solidarität.“¹⁷

Der traditionelle Lohnarbeiter stirbt aus, der prekär Beschäftigte betritt die gesellschaftliche Bühne. Flüchtlinge, Erwerbslose und Student*innen gehören in hohem Maße dieser sozialen Gruppen an oder befinden sich im ausschließlichen Bereich der Sozialleistungen bzw. den illegalen Varianten prekärer Beschäftigung.

13 dito, S. 11

14 s. hier das Gespräch mit Aktiven von „Eine Stadt für Alle! Wem gehört die ABG“

15 s. hier die Interviews mit „Teachers on the road“ und „Project Shelter“

16 Candeias, M./Steckner, A.: Prekär schreiten wir voran?, in: Luxemburg 1/2015

17 Standing, G.: Die neue gefährliche Klasse, in: Berliner Republik 4/2011

Auf diesem kurz skizzierten gesellschaftlichen Veränderungstableau sind klassische Lohnforderungen noch wichtig, betreffen aber nicht mehr alle Formen der Existenzsicherung. Atypische Erwerbsarbeit reicht meist nicht zum Leben und deckt zudem nicht alle notwendigen Arbeiten, die eine Gesellschaft benötigt, ab. Auch das Sozialversicherungswesen gerät an seine Grenzen, da es sich auf Erwerbsarbeit oder besser auf die Höhe der Löhne bezieht. Ebenso das Arbeitslosengeld I. Eine ähnliche strategische Perspektive findet sich beim Arbeitslosengeld II. Wer sein Verhalten nicht auf Erwerbsarbeitsformen ausrichtet bzw. wer sich nicht an erwerbsarbeitsorientierten Maßnahmen beteiligt, unterliegt Sanktionsmaßnahmen.

Daraus ergeben sich egalitäre Forderungen, die nicht nur dem Ziel der Verbesserung der materiellen Situation der Mehrheit der Bevölkerung dienen, sondern auch zu einer Zurückdrängung der Erwerbsarbeitsperspektive und einer gesellschaftlichen Aufwertung darüber hinaus gehender Tätigkeitsfelder führen muss.

Es geht somit um das Erkämpfe ohne Verpflichtung zur Erziehung als erste Stufe für zweite Stufe wäre Grundeinkommen freiheit und Au-eigene Lebens-währleisten. Im ökologi-reich gin-um Ernäh-Energiesou-bzw. den vollen Um-natürlichen (B o d e n , Energie), so-len Produk-und -netze. auch viele De-Postwachstum an.

Zwischen all diesen stehen Anknüpfungs-Schaffung einer möglichst tur beziehen, etwa bei der Bildung, der Mobilität, der Ener-Wohnraum usw. Die Auseinandersetzungen darum haben einen starken kommunalen Zusammenhang und konkretisieren die Forderungen von Flüchtlingen nach einem allgemeinen Bleiberecht. Trotz unterschiedlicher Themen und Praxisansätze lassen sich Interessensgemeinschaften verschiedener sozialer Initiativen erkennen. So können bestimmte Forderungen eine Art Brückenfunktion darstellen, wie z.B. die ausreichende Grundversorgung, ohne Zwang zur Erwerbsarbeit. Dies könnte durch eine umfassende Erhöhung der Regelsätze, ohne Sanktionsmöglichkeiten geschehen oder durch einen möglichst kostengünstigen bis kostenlosen Zugang zu Institutionen der Gesundheit und Bildung, bis hin zu freier Mobilität und kostengünstigem Strom. In welcher Form sich daraus (regionale) Kampagnen erschließen, müsste in einem gemeinsamen Diskussionsprozess ermittelt werden.

Innerhalb eines Teils der bundesweit agierenden Erwerbslosengruppen wird schon seit Jahren die Debatte zu diesem Thema in Theorie und Praxis geführt. Während es immer wieder Kampagnen zur direkten Verbesserung der Situation von Grundsicherungsbezieher*innen gibt, z.B. gegen die Sanktionspraxis vieler Job-

fen einer Grundversorgung, werbsarbeit, ohne Repres- arme Menschen.¹⁸ Die ein bedingungsloses für Alle als Wahl- tonomie die führung zu ge-

schen Be- ge es u.a. rungs- und veränität respekt- gang mit Ressourcen Wasser, wie regiona- tionsketten Hier setzen batten über bzw. Degrowth

Forderungen be- punkte, die sich auf die freien sozialen Infrastruk- Gesundheitsversorgung, der giversorgung, dem bezahlbaren



¹⁸ In diesen Zusammenhang passt auch die Diskussion über die „Vier-in-einem-Perspektive“ von Frigga Haug, ebenso wie eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

SOZIALE INFRASTRUKTUR

Was Menschen für ihr tägliches Leben benötigen, muss für alle zugänglich sein:

kostenlose Gesundheitsversorgung

kostenlose Bildung

kostenlose Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln

kostenlose Energieversorgung

kostenloses Internet

kostengünstiger Wohnraum

Politische Anschlussmöglichkeiten:

Commons (Aneignungspraxen)

Solidarische Ökonomie (gegen den Wachstumswahn)

... an Forderungen und Praxen verschiedener sozialer Bewegungen

... wird ermöglicht durch:

Existenzgeld (bedingungsloses Grundeinkommen)

... hat einen internationalistischen Aspekt:

Theorie und Praxis des guten Lebens „buen vivir“

center, gegen eine Anrechnung von Kindergeld auf das Arbeitslosengeld II bis hin zu Protesten gegen die Verweigerung von Eingangsbestätigungen bei Abgabe von Unterlagen, hat sich mittlerweile ein Art perspektivischer Konsens aller Erwerbslosengruppen herauskristallisiert: die substantielle Erhöhung der Regelsätze ohne Sanktionsmöglichkeiten. Mit dieser Forderung lässt sich ein breites Bündnis erzielen, ohne dass damit eine Befürwortung eines bedingungslosen Grundeinkommens verbunden ist oder die Erwerbsarbeit als ausschließliche Existenzgrundlage manifestiert wird.

Es ist Wolfgang Völker¹⁹ zuzustimmen, der über die Notwendigkeit schreibt, das Prinzip „Fordern und Fördern“ und die darin ruhende Fixiertheit auf Erwerbsarbeit außer Kraft zu setzen.

Fangen wir damit an!

19 Völker, W.: 10 Jahre Hartz IV, express 1/2014

PREKÄR – OHNE GEWÄHR!

Es lässt sich wohl kaum noch verheimlichen: das Standardmodell der Beschäftigung im industriellen Kapitalismus, mit einem ausgehandelten, unbefristeten Arbeitsvertrag und einem Vollzeitgehalt, wird selbst prekär. Aus einem aktuellen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geht hervor, dass weniger als ein Viertel der im weltweiten Arbeitsmarkt Beschäftigten unter den Bedingungen des Normalarbeitsverhältnisses angestellt ist.¹

Auf unterschiedliche Art und Weise betrifft Prekarität das Leben der Menschen. So ist diese Form der Existenzsicherung ständiger Begleiter von Migrant*innen ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Sie sind erpressbar und werden durch vielerlei legaler und illegaler Varianten prekärer Beschäftigung ausgenutzt.² Auch Frauentätigkeiten waren und sind oft als prekär zu bezeichnen, in den letzten Jahren haben sich diese Entwicklungen auf immer mehr gesellschaftliche, auch männerdominierte Bereiche ausgedehnt. Gleichzeitig hat es aber auch schon immer Tendenzen gegeben, sich nicht starren Vorstellungen von Leben und Arbeiten unterwerfen zu müssen (etwa die Forderung nach mehr Teilzeitbeschäftigung). Diese standen aber immer im Zusammenhang der Gewährleistung einer grundlegenden materiellen Sicherheit der eigenen Lebensführung.³ Zu berücksichtigen gilt auch, dass Prekarität nicht nur in der Arbeitswelt Fuß fasst, sondern auch den Zugang zu grundlegenden Ressourcen (z.B. Bildung und Gesundheit) zur Gestaltung eines halbwegs normalen Lebens begrenzt.

Nach der WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung) Datenbank „Atypische Beschäftigung“ waren 2014 in Deutschland rund 39 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Teilzeit⁴, Leiharbeit oder Minijobs tätig.

Der Soziologe Klaus Dörre spricht von einem „Übergang zu einer prekären Vollerwerbsgesellschaft“⁵ und weist darauf hin, dass das Volumen an geleisteten und bezahlten Arbeitsstunden zwischen 1991 und 2012 um mehr als zehn Prozent gesunken ist, d.h. es wurde keine neue Erwerbsarbeit geschaffen.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch der Deutsche Gewerkschaftsbund:⁶ Der Erwerbstätigenschub in Deutschland geht zu 90% auf den Anstieg atypischer Beschäftigung zurück und Candeias/Steckner vermerken: „Zwei Drittel der seit der Krise geschaffenen Stellen sind prekär.“⁷

Resultat dieser Entwicklung ist die weitere Ausdehnung eines Niedriglohnsektors. Nach Berechnungen des IAB (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung) kann von einem Niedriglohn-Anteil von 24,1% an allen Beschäftigten in Deutschland ausgegangen werden. Daran ändert auch die Einführung eines Mindestlohnes von 8,50 € im Monat nur wenig, denn die Niedriglohnschwelle liegt bei 9,54 € in der Stunde. Davon betroffen sind zum Beispiel fast 90% der Taxifahrer, 85,6% der Friseur*innen/Kosmetiker*innen, 81,5% der Reinigungskräfte und 77,3% der Beschäftigten in der Gastronomie.⁸ Als Kriterien für Prekarität gelten unter anderem die fehlende Arbeitsplatzsicherheit, der geringe Einfluss auf die Arbeitssituation, die defizitären arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen und die mangelhafte Existenzsicherung durch Arbeit.⁹

PREKARITÄT UND POLITISCHES BEWUSSTSEIN

Welche Auswirkungen haben diese ökonomischen Veränderungen auf das Bewusstsein der Betroffenen? Ergibt sich daraus ein anderes, möglicherweise kritischeres Verhältnis zur Lohnarbeit?

1 Die ILO stützt sich auf Daten, die 84% der globalen Arbeitnehmerschaft umfasst, s.: Pany, T.: ILO: Weltweit weniger sichere Arbeitsverhältnisse, in: telepolis 19.05.2015

2 s. hier das Interview mit dem „Projekt Faire Mobilität“

3 s. auch: Gruppe Blauer Montag Risse im Putz, Hamburg 2008, Teil 3 Prekäres Leben-Prekäre Linke, S. 139 ff.

4 2014 arbeiteten 2014 21,8% aller abhängig Beschäftigten in Teilzeitjobs, was nicht heißt, dass jede Teilzeitbeschäftigung prekär ist, aber oft entsprechen diese Tätigkeiten nicht den realen Arbeitszeitwünschen.

5 Klaus Dörre: Das Deutsche Jobwunder Vorbild für Europa?, Rosa-Luxemburg Stiftung Brüssel 2014 S. 18ff.

6 DGB-Mitteilung vom 21.11.2013

7 Candeias, M./Steckner, A.: Prekär schreiten wir voran?, in: luxemburg 1/2015

8 Spät, P.: Und, was machst du so?, Zürich 2014, S. 74

9 Rodger, G./Rodgers, J.: Precarious Jobs, in: Labour Market Regulation, Genf ILO 1989

Vielleicht erleben prekär Beschäftigte ein geringeres Maß an Identität zur kapitalistischen Industrienormalität aufgrund einer kaum oder nicht vorhandenen Verbundenheit zur jeweiligen Firma bzw. den kaum noch zu überblickenden Arbeitsvollzügen. Wobei damit noch lange nicht die verinnerlichte Arbeitsmoral unwirksam wird und die Wertigkeit eines Menschen dennoch über Erwerbsarbeit zur Definition kommen kann. Aus Untersuchungen zu den Voraussetzungen der Protestaktivitäten von Prekären geht hervor, dass es neben der Notwendigkeit zur Verbesserung der Arbeitssituation und der Erhöhung von Löhnen um ein Mindestmaß an Respekt, Würde und Anerkennung geht.

Treffen flexibilisierte Arbeitsverhältnisse auf arrogante, kaum zu durchschauende Managementführungsmethoden, so sind Konflikte vorprogrammiert. Sie führen nicht automatisch zu Aufständen und können auch individuell, durch Sabotieren von Dienstvorgaben oder Wechsel der Arbeitsstelle gestaltet werden. Etwas spezifischer formulieren es Candeias/Steckner: „Vielmehr führen verletzter Gebrauchswertstolz und missachtete Würde dazu, dass Leid in Wut und Widerständigkeit umschlägt – sofern sie auf attraktive Organisationsangebote treffen.“¹⁰

Die verschärfte Krise in Europa hat hauptsächlich in den Ländern rund um Deutschland zur Zunahme von sozialen Spannungen geführt. Dort kam es immer wieder zu Streiks, Massenkundgebungen und kurzfristigen riots der prekarierten und ghettoisierten städtischen Unterschichten. Sie treten auf transnationaler Ebene noch zum Teil unverbunden auf, es fehlt an adäquaten alternativen Organisationsgebilden und damit auch an Beständigkeit und dennoch bilden sie möglicherweise eine „neue Klasse in der Welt, die sich auf dem Weg der Entstehung befindet.“¹¹

SOZIALSTREIK ALS ALTERNATIVE?

Am 14.11.2014 riefen Aktive in verschiedenen Ländern Europas zu einem Aktionstag gegen eine verfehlte Sozialpolitik und die sich umgreifende Krise auf. Ausgehend von Erfahrungen früherer MayDay¹² Aktivitäten, sowie verschiedener Student*innenprotesten gegen den Bologna-Prozess, konnte sich erstmals und nur in Italien das Konzept eines Sozialstreiks in der Praxis realisieren. Daneben fanden in Frankreich, Belgien und Spanien verschiedene Aktionen statt (in Deutschland engagierte sich nur die Erwerbslosengruppe basta in Berlin). In Italien gelang es, ein Bündnis zwischen traditionellen Schichten der Lohnarbeiter*innen, Student*innen, jungen Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Erwerbslosen, sozialen Zentren und Wohnungsinitiativen herzustellen. Zusammen mit der Metallergewerkschaft FIOM wurde in Mailand eine Großdemonstration organisiert, bei gleichzeitigem Teilstreik der Verkehrsbetriebe. Ein Aktiver von den „Berlin migrant strikers“¹³ berichtete aus Italien: „In jeder Stadt, über das ganze Land verstreut, haben Menschen die Straße blockiert, verweigerten sich der (Lohn)arbeit, gingen nicht hin, protestierten in Demos, bildeten Streikposten außerhalb der Fabrik. Neue Räume wurden besetzt, dies alles wurde verbunden mit einer Medienkampagne auf Facebook. Danach gründeten sich Laboratorien des sozialen Streiks in vielen Städten. Das sind Treffpunkte, an denen alle, die von Prekarität geknechtet sind, ihre eigenen Ideen und Erfahrungen in einer Umgebung austauschen können, begründet auf den Prinzipien einer kommunitären Organisation und der Gegenseitigkeit.“¹⁴ Die Forderung nach einem Sozialstreik ist eine Antwort auf den neoliberalen Angriff auf die Lebensbedingungen des Großteils der Bevölkerung. Austeritätspolitik greift nicht nur Löhne und Sozialleistungen an, sondern führt auch zu vermehrten Formen der Privatisierung bei kommunalen Dienstleistungen und verdrängt, durch lukrative Vermarktung von Wohnungen und Grundstücken, ganze Bevölkerungsteile aus ihren Stadtteilen. Dies alles geschieht seit einigen Jahren. „Dennoch bleiben diese Er-

10 Candeias, M./Steckner, A.: Prekär schreiten wir voran?, in: luxemburg 1/2015

11 Standing, G.: Prekariat. Die neue explosive Klasse, Münster 2015, S.7

12 Etwa 2001 (immer zum 1. Mai) entstanden die ersten EuroMayDay-Paraden (2006 fanden in 21 europäischen Städten kleinere und größere Aktionen statt) als politische Artikulationsformen in postfordistischen Arbeits- und Lebensverhältnissen. Zielpunkte waren die Prekarisierung im Zusammenhang mit Impulsen der Selbstbestimmung und Veränderung zu bekämpfen, sowie den Gedanken einer transnationalen Organisation aufzunehmen.

13 Eine Gruppe von prekär beschäftigten italienischen Aktivist*innen in Berlin

14 Diskussionsbeitrag auf einer Tagung über soziale Kämpfe in Europa der „Bundesarbeitsgemeinschaft prekäre Lebenslagen“ (BAG-PLESA) im März 2015 in Bielefeld.

fahrungen hochgradig fragmentiert und voneinander isoliert. Wie können wir die Spaltungen zwischen den verschiedenen Sektoren des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft überwinden und Lohnkämpfe mit Kämpfen gegen Privatisierungen sowie für wohlfahrtsstaatlichen Garantien und soziale Rechte verbinden?“¹⁵ Sozialstreik (sciopero sociale)¹⁶ könnte eine Antwort sein, als Ansatz diese verschiedenen Kämpfe zusammen zu bringen, indem öffentliche Räume der Diskussion und der Auseinandersetzung geschaffen werden und bestenfalls die erarbeiteten Forderungen auf der Straße gemeinsam zur Durchsetzung gelangen. „Ziel ist der Aufbau eines breiten, horizontal strukturierten gesellschaftlichen Bündnisses zur Rückgängigmachung der gesellschaftlichen Fragmentierung und zur Bekämpfung des neuen Beschäftigungsgesetzes sowie des neoliberalen Angriffs im Allgemeinen.“¹⁷ Der Forderungskatalog der italienischen Aktivist*innen bezog sich nicht nur auf nationale Veränderungen (Job-Act-Gesetz etc.), sondern stellte die europäische Dimension in den Mittelpunkt: Abschaffung prekärer Verträge, europäischer Mindestlohn und bedingungsloses Grundeinkommen sowie ein mindestens zweijähriges Visum für Migrant*innen, das unabhängig von deren Beschäftigungsstatus und Einkommen auszustellen wäre. Schließlich wurde auch mit der aktiven Beteiligung an den Blockupy-Protesten im März 2015 auf die Notwendigkeit der Organisation von transnationalen Streiks¹⁸ aufmerksam gemacht. Dabei geht es nicht nur um eine Verbesserung der Organisationsstrukturen, sondern auch um inhaltliche Fragen der Umsetzung eines Sozialstreikes, über ein rein gewerkschaftliches Verständnis hinaus, in jedem einzelnen Land. Sandro Mezzadra führt aus: „In Italien haben wir uns in letzter Zeit zum Beispiel gefragt, ob Wohnraumkämpfe nicht ein wesentlicher Bestandteil von dem sind, was wir sozialen Streik nennen. Wenn man sich diese Kämpfe mal anschaut, stellt man fest, dass ihr Hauptfeind auf ganz direkte Weise das Finanzkapital ist. An der Zusammensetzung der Personen, die für Wohnraum kämpfen und Häuser besetzen, zeigt sich darüber hinaus, dass es sich zu einem ganz großen Teil um Kämpfe von Migrantinnen und Migranten handelt. In Italien, so wie an anderen Orten in Europa und in der Welt, verbindet sich die Debatte um Streik mit den Überlegungen zu gegenseitiger Hilfe, etwa indem Kooperativen gegründet werden. Durch den Aufbau von Solidaritätsstrukturen kann die Angst vor Jobverlust abgeschwächt werden. Gerade auch im Rückblick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung können wir feststellen, dass Praktiken der gegenseitigen Hilfe immer von großer Bedeutung für die Entwicklung von Kämpfen waren.“¹⁹

PREKÄRE KÄMPFE IN DEUTSCHLAND

Anders als in Italien zeigen sich prekäre Kämpfe in Deutschland nur als zartes Pflänzlein. Zwar hat es vor zehn Jahren auch bei uns Euromayday-Aktionen gegeben, allerdings ohne nachhaltige Resonanz. Streiks im Zusammenhang mit prekär Beschäftigten sind eher selten, neben aber in der letzten Zeit zu. Etwa der Streik im privaten Sicherheitsgewerbe in Nordrheinwestfalen 2013 oder bei Autogrill (Autoraststätten) 2014.

Zurzeit brodelt es im Erzieher*innen/Sozialarbeiter*innenbereich (Ablehnung des Schlichtungsergebnisses im August 2015), bei Pflegekräften (z.B. Berliner Charité-Klinik Juni/Juli 2015), im Einzelhandel (Hennes und Mauritz Mai 2015) und bei amazon (wiederholte Streikwellen 2015). Gerade beim amerikanischen Onlineversandhändler wird aktuell versucht den transnationalen Charakter der Kämpfe deutlich werden zu lassen, z.B. durch den Bummelstreik bei amazon/Polen in Poznan zur Unterstützung des Streiks in Deutschland am 24./25. Juni 2015. Diese solidarische Aktion war erste Folge direkter Austauschgespräche von deutschen und polnischen amazon-Beschäftigten, weitere Treffen fanden statt oder werden organisiert.

Parallel dazu traf sich vom 2. bis zum 4. Oktober 2015 eine Koordination zur Organisation eines transnationalen Streikes ebenfalls in Poznan. Aktivist*innen aus verschiedenen europäischen Städten diskutierten über

15 Bilancetti, V./Castronovo, A.: Der Sozialstreik: Herausforderung und Chance für den Klassenkampf, in: luxemburg online August 2015

16 Siehe auch den Roman von Nanni Balestrini: Wir wollen alles. Balestrini berichtet dort von der Turiner Revolte im Juli 1969. Damals befand sich nicht nur Fiat im Streik, sondern eine ganze Stadt. Plötzlich war die Trennung von Arbeitsplatz und Wohnviertel außer Kraft gesetzt.

17 Ebenso: Bilancetti/Castronovo

18 Aus gewerkschaftlicher Sicht schätzt Heiner Dribbusch die Möglichkeiten eines europäischen Generalstreiks gegen die Austeritätspolitik der Troika eher negativ ein, s.: WSI-Mitteilungen 5/2014

19 Mezzadra, S.: Von Blockupy zum sozialen Streik, in: ak 21.04.2015

DAS TRANSNATIONAL STRIKE MEETING IN POZNAN/POLEN

Poznan als Treffpunkt kam nicht von ungefähr, bot dies doch die Gelegenheit, Anfang Oktober 2015 mit den Arbeiter*innen im dortigen Amazon-Standort in Kontakt zu kommen, die bereits im Austausch mit Arbeiter*innen von deutschen Standorten stehen. Auch war die Intensivierung der Zusammenarbeit mit weiteren Aktivist*innen aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern das Ziel. Zwar verblieben die Diskussionen meist auf der Ebene von politischer Analyse und von praktischem Austausch, aber angesichts der Härte der Verschärfungen bei Arbeits- und Lebensverhältnissen europaweit und darüber hinaus durchaus verständlich: Prekäres Leben und Sparpolitik sind nicht mehr die Ausnahme, sondern inzwischen Normalität und Alltag. Krise und Sparzwang werden genutzt, um Lohnkürzungen und verschlechterte Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die Globalisierung der Ausbeutungsketten, indem Konzerne national unterschiedlich geltende Rechte - etwa bzgl. Lohnhöhe, Arbeitszeit und Gesundheitsstandards – nutzen, um Arbeiter*innen möglichst effizient auszubeuten, erfordert daher eine transnationale Antwort auf der Höhe der Zeit. Die gezielte Aufteilung und Spaltung speziell von Migrant*innen entlang verschiedener Aufenthaltstitel und Arbeitsberechtigungen ist eines der wirksamsten Instrumente von Ausbeutung. Sie drängt aktuell auch auf die Verwertung der neu ankommenden Geflüchteten als frische billige Arbeitskraft mit der angedachten Aussetzung des Mindestlohns und weiteren Einschnitten.

Die Verabredung zum 1. März 2016 als Aktionstag des Transnational Strike Meeting anlässlich des „International immigrant workers day“ ist daher ein erster, nötiger und hoffentlich erfolgreicher Schritt in Richtung einer verbindlichen und guten transnationalen Zusammenarbeit.

www.transnational-strike.info

die Möglichkeiten eines sozialen transnationalen Streiks.²⁰ Auch in Berlin arbeiten Gruppen von emigrierten Kolleg*innen aus Italien und Spanien erfolgreich unter anderem mit Erwerbslosengruppen zusammen. So die „Grupo de Acción Sindical“ (GAS) und die „Berlin Migrant Strikers“, die sich gegen nicht zu ertragene Arbeitsbedingungen in Pizzabuden, auf der Baustelle der „Mall of Berlin“ und in einem Weddinger Hostel wandten. Nicht zu vergessen sind die über 85 000 Wissenschaftler*innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, auf deren Situation 2014 bundesweit mit vielfältigen Aktionen, aufmerksam gemacht wurde. Aus diesen Zusammenhängen entstanden verschiedene Netzwerke, die noch aktuell in der Hochschule wirken.

Gleichzeitig zu den beschriebenen Aktivitäten gründeten sich in verschiedenen Städten Solidaritätsgruppen zur Unterstützung von Arbeitskämpfen, die immer wieder, wie bei der Berliner Charité oder bei amazon solidarisch und tatkräftig deren Forderungen unterstützten. So verhinderten u.a. Unterstützer*innen, dass Streikbrecher bei amazon zum Einsatz kamen. Um diese Praxis auszubauen und Erfahrungen auszutauschen, trafen sich zuletzt im Frühjahr 2015 in Bad Hersfeld Vertreter*innen dieser Gruppen.

VOM PREKÄREN ZUM GUTEN LEBEN

In unseren Beitrag „Es gibt keine Gebrauchsanweisung für das ‚Gute Leben‘“ haben wir geschrieben: „Der traditionelle Lohnarbeiter stirbt aus, der prekär Beschäftigte betritt die gesellschaftliche Bühne. Flüchtlinge, Erwerbslose und Student*innen gehören in hohem Maße dieser sozialen Gruppen an oder befinden sich im

²⁰ s. Kasten.

ausschließlichen Bereich der Sozialleistungen bzw. den illegalen Varianten prekärer Beschäftigung. Auf diesem kurz skizzierten gesellschaftlichen Veränderungstableau sind klassische Lohnforderungen noch wichtig, betreffen aber nicht mehr alle Formen der Existenzsicherung. Atypische Erwerbsarbeit reicht meist nicht zum Leben und deckt zudem nicht alle notwendigen Arbeiten die eine Gesellschaft benötigt ab.“ Es zeigt sich, dass Kämpfe gegen schlechte Arbeitsbedingungen und Löhne nicht ausreichen, um zu einem guten Leben zu gelangen. Dazu benötigt es u.a. die Verbindung zu den städtischen Konfliktlinien im Kampf gegen Privatisierungen, für umfassende soziale Rechte und eine andere Wohnungspolitik.

In Deutschland gibt es erste Ansätze von Widerstand in der prekären Arbeit²¹, gleichzeitig ist der Kontakt zwischen verschiedenen politischen Handlungsfeldern nur sporadisch. Umso schwieriger ist es, Verbindungslinien zu finden. Gutes Leben umfasst die betrieblichen und die außerbetriebliche Strukturen der Gesellschaft, steht für eine gute Gesundheitsversorgung, für gute Pflege, für gute Bildung genauso, wie für die kollektiv zu entscheidende Fragen, was eine gute Gesundheitsversorgung, eine gute Pflege, eine gute Bildung usw. sein könnte und wie sie sich realisieren lässt. Insoweit gehen Forderungen nach einer möglichst kostenfreien Infrastruktur und einem bedingungslosen Grundeinkommen genau in die Richtung der Zusammenfassung unterschiedlicher Kampfbereiche. Dabei handelt es sich nicht nur um Forderungen, die direkt an den Staat gestellt werden und die ohne soziale Bewegung weder denkbar noch realisierbar wären, sondern auch um eine politische Praxis, die, wenn sie nicht schon besteht (etwa Alternativprojekte), über substantielle Aneignungen partielle Grundbedürfnisse für viele decken kann (etwa durch Hausbesetzungen oder Schaffung von sozialen Zentren).

Schon 2011 fuhr in Griechenland ein Großteil der Bevölkerung, aus Protest gegen Preiserhöhungen im Nahverkehr, ohne gültige Fahrkarte. Zweimal im Monat wurden mehrere Stunden die Schranken an den mautpflichtigen Nationalstraßen für alle zum kostenlosen Durchfahren geöffnet. Ähnliches passierte auch in Athen, auf dem Höhepunkt des Konfliktes mit der Troika: „In Athen gab es in den letzten Tagen, seit die Banken geschlossen sind, Nulltarif beim öffentlichen Nahverkehr (...), wo sich in Zeiten einer zugespitzten Auseinandersetzung im Alltag Brüche und soziale und politische Veränderungen abbilden können (...), dass auch Menschen, die in eine Notlage getrieben werden, widerständig handeln können, wenn sie Strukturen haben, wo sie sich organisieren und auch die Vereinzelung zumindest zeitweise überwinden.“²²



21 s. hier das Interview mit Aktiven des „Netzwerks der sozialen Arbeit“.

22 Nowak, P.: Hartz IV und die Politik der Angst, telepolis 09.07.2015

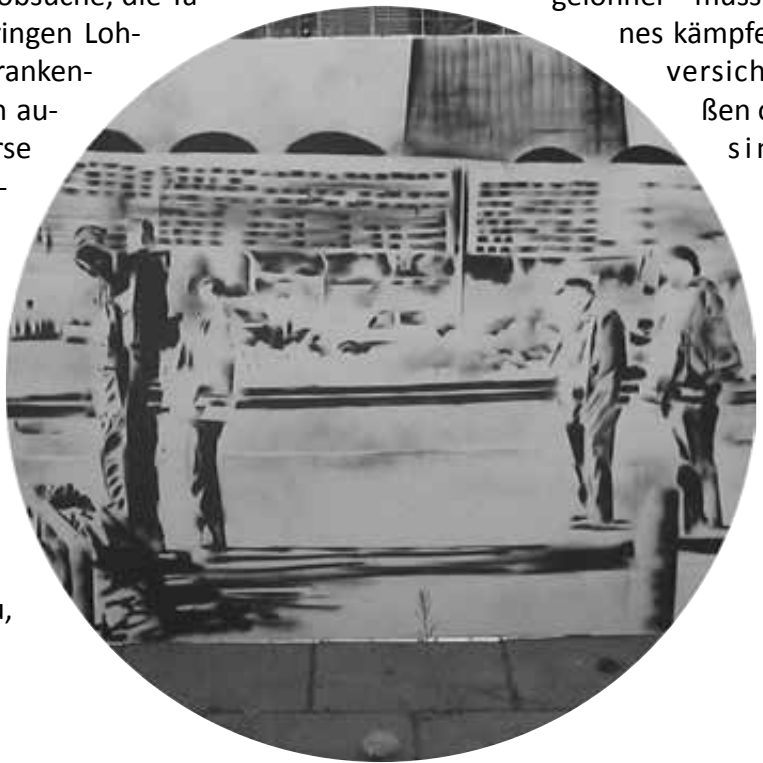
PREKÄRSTATION IM OSTEND

Unter dem Motto „lokal, sozial, widerständig“ stellte NoTroika im Juli 2015 prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse im Ostend in den Mittelpunkt: Für drei Tage hatte die „Prekärstation“ im Schatten der neuen EZB ihr Zelt aufgeschlagen. Standort war der Paul-Arnsberg-Platz, schräg gegenüber vom Haupteingang der Zentralbank und mit Blick auf die Sonnemannstraße. Einer der Schwerpunkte war der „selbstorganisierte Arbeitsmarkt“ auf der Sonnemannstraße: Dort stehen entlang der Straße jeden Tag ab ca. 6h bis abends rund 30 Männer aus verschiedenen osteuropäischen Ländern in kleinen Grüppchen. Sie hoffen, für ein paar Stunden einen Job zu ergattern, v.a. auf kleineren Baustellen, bei Umzügen oder Garteneinsätzen. NoTroika hatte die Männer dort zuvor über mehrere Tage hinweg frühmorgens mit Kaffee besucht, um mit ihnen ins Gespräch über ihre hiesigen Arbeits- und Lebensbedingungen kommen. Waren die meisten Männer am ersten Morgen noch relativ ablehnend, erzählten sie im Verlauf der nächsten Morgenstunden ein wenig von ihrem Alltag: Die Männer verbringen die meiste Zeit mit Warten; sie verglichen ihre Bemühungen um einen Job mit dem Angeln eines Fisches – man braucht Glück und manchmal beisst einer an, manchmal sogar ein recht dicker Fisch. Unter ihnen gilt die gemeinsame Verabredung, keinen Job unter 10 € pro Stunde anzunehmen, was sich je nach Not aber nicht immer einhalten lässt.

Zusätzlich gab es an einem Nachmittag bei Kaffee und Kuchen die Gelegenheit, sich in größerer Runde auszutauschen. Unterstützung gab es von Mitarbeiterinnen der gewerkschaftlichen Beratungsstelle „Faire Mobilität“, die speziell Wanderarbeiter*innen aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten bei der Durchsetzung von gerechten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen helfen und die beim Gespräch außerdem übersetzen konnten, sowie von „MigrAr“, die Migrant*innen in prekären Arbeitsverhältnissen mit und ohne Papiere über ihre Rechte informieren.

Einige rumänische Männer berichteten außer von der täglichen Jobsuche und Ausbeutung auch von den prekären Wohnverhältnissen in ihrer Unterkunft in Frankfurt Griesheim. Rund 2000 Menschen leben dort - man zahlt pro Bett, nicht pro Zimmer, und die Miete ist abhängig von der Dauer des jeweiligen Arbeitsverhältnisses. Denn ist der Job vorbei, ist auch das Bett weg. Bis zum nächsten Mal, dann wird wieder eine Anmeldegebühr fällig. Probleme bieten nicht nur die tägliche Jobsuche, die Tagelöhner müssen oft genug sogar um die Auszahlung ihres geringen Lohnes kämpfen. Verträge, Kleingedrucktes, Probleme mit Krankenversicherung, auch all dies ist ohne Unterstützung von auswärts schwer zu schultern. Angebote für Sprachkurse sind hier Mangelware, aber ein Wunsch, der mehrfach als existentiell geäußert wurde.

Osteuropäischen Wanderarbeiter tauchen von Zeit zu Zeit in den lokalen Tageszeitungen auf, immer dann, wenn es einen neuen Skandal gibt, wie zuletzt auf der Baustelle in der August-Schanz-Straße im Gallus, als Bauarbeiter durch die Firma Accent um ihren Lohn geprellt worden sind. Ansonsten ist es recht ruhig um sie – zu Unrecht, denn Ausbeutung und rassistische Ressentiments treffen auch sie hart. Ihr Alltag gehört dazu, sprechen wir über prekäres Leben – im Rhein-Maingebiet und darüber hinaus.



Das Graffito für die Wanderarbeiter im Ostend zeigt die Männer bei der Arbeit vor der neuen EZB. Das Bild, als Geschenk überreicht bei der Prekärstation, hängt jetzt in den Räumen der „Fairen Mobilität“.

INTERVIEW

MIT LETITIA MATAREA-TÜRK VOM PROJEKT FAIRE MOBILITÄT IN FRANKFURT
(SEPTEMBER 2015)

Seit wann gibt es Eure Beratungsstelle in Frankfurt, seit wann bist du dabei?

Unsere Beratungsstelle gibt es seit 2011 als Teil eines bundesweiten Projektes des DGB zur Unterstützung von mobilen Arbeitnehmer*innen aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten bei der Durchsetzung von gerechten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Ich bin seit August 2014 dabei und die Ansprechperson für rumänisch-sprachige Beschäftigte. Ich arbeite in Frankfurt mit zwei KollegInnen, diese beraten auf Polnisch und Bulgarisch.

Wo liegen Deine Schwerpunkte der Beratung und Unterstützung?

Überwiegend im Baubereich, ich habe hier in Frankfurt mit Beschäftigten auf Baustellen zu tun, die unter ganz prekären Bedingungen arbeiten und leben und die oft Opfer von Arbeitsausbeutung sind. In solchen Fällen kooperieren wir oft mit der IG BAU. Aber auch in der Fleischindustrie setze ich mich seit gut einem Jahr zusammen mit der Gewerkschaft NGG für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen von mehreren hunderten Werkvertragsbeschäftigten ein. Dabei handelt es sich hauptsächlich um rumänische Arbeitnehmer, die in den deutschen Betrieben entsandt wurden

Wie kommen die Bauarbeiter mit Euch in Kontakt?

Das läuft hauptsächlich über Mund-zu-Mund-Propaganda, also es gibt Personen, denen wir schon helfen konnten und sie sagen es weiter. Hier in Frankfurt wohnen ja viele rumänische Bauarbeiter in einem Wohnheim in Griesheim und dort sind wir gut bekannt.

Wie sieht Eure Beratung konkret aus? Läuft das alles in Eurem Büro oder eher draußen auf den Baustellen?

Einzelfälle laufen in der Regel im Büro, oft sogar telefonisch oder auch per Email. Aber bei größeren Fällen mit vielen Betroffenen ist ein externer Einsatz erforder-

lich, wie z.B. im Mai diesen Jahres im Europaviertel, wo wir zwei Wochen im Dauereinsatz waren.

Bitte fasse doch nochmal kurz zusammen, was im Mai im Europaviertel passiert war.

Am 19. Mai hatte ich einen Anruf eines Bauarbeiters bekommen, der unsere Adresse von jemandem erhalten hatte, den wir früher mal vertreten hatten. Bei meinen Kollegen aus den anderen Beratungsstellen gab es ebenfalls Meldungen in der gleichen Sache und es stellte sich schnell heraus, dass insgesamt über 200 Arbeitnehmer eines Offenbacher Subunternehmens über zwei Monate keinen Lohn bekommen hatten. Diese waren alle auf mehreren Baustellen in Deutschland beschäftigt. Hier in Frankfurt ist es uns gelungen, zusammen mit der IG BAU ca. 60 Bauarbeiter zu organisieren und zusammen haben wir für ihre Löhne gekämpft. Diese waren alle von verschiedenen Baustellen, die eine war im Europaviertel und die anderen in Heilbronn, Mainz und Oberursel. Vor allem dank der öffentlichkeitswirksamen Aktionen, die wir direkt vor dem Bautor des Frankfurter Generalunternehmers organisiert haben, ist es uns gelungen, unsere Forderungen erfolgreich durchzusetzen.

Wie sieht Eure Vertretung konkret aus, was macht Ihr dann mit den Informationen?

Es geht zuerst immer darum, die genauen Informationen über die Ansprüche so schnell wir möglich zu erfassen. Das heißt, wir sammeln zunächst alle Unterlagen der Beschäftigten, ihre Arbeitsverträge, ihre Lohnabrechnungen, wann und wo sie wie lange gearbeitet haben und wofür sie nicht bezahlt wurden. Und für welchen Generalunternehmer sie gearbeitet haben. Das ist eine Menge bürokratischer Arbeit, aber es ist die Grundlage für Geltendmachungen, also für die Ansprüche gegenüber dem unmittelbaren Arbeitgeber, dem Subunternehmer, wie auch gegenüber dem Generalunternehmer. Innerhalb von zwei Tagen haben wir die offenen Forderungen dann an die Generalunternehmen geschickt und auf dieser Grundlage auch Verhandlungen begonnen.

Wie war das Ergebnis?

In diesem Fall letztlich ziemlich gut. Wir haben zwar nicht die kompletten Ansprüche der Beschäftigten durchsetzen können, aber doch eine ganze Menge. Insgesamt wurden von den vier involvierten Generalunternehmen 150.000 Euro nachgezahlt.

Das klingt sehr erfolgreich, aber das war sicher nicht nur geschickte Verhandlungsstrategie?

Nein, das wichtigste war die schnelle gemeinsame Mobilisierung und der öffentliche Druck. Die Gruppe der Beschäftigten hat gut zusammengehalten, viele kennen sich über die gemeinsame Wohnsituation im schon erwähnten Arbeiterwohnheim in Griesheim. Sie hatten sich auch deshalb schnell austauschen und gemeinsam reagieren können. Und wir von der Fairen Mobilität wie auch die IG BAU sind ebenfalls schnell aktiv geworden. Wir konnten die Gruppe ermutigen, nicht aufzugeben, denn einige hatten schon Angebote für andere Jobs und waren nahe dran, einfach wegzugehen. Insofern war es wichtig, sich da kurzfristig voll reinzuhängen und ich habe in dieser Zeit zwei Wochen nichts anderes gemacht bzw. alles andere erstmal liegen gelassen.

Wie sah der Alltag aus bei diesem außergewöhnlichen Arbeitskampf?

Wir haben uns jeden Tag im Europaviertel an der Baustelle getroffen. Wir haben berichtet und diskutiert über die Verhandlungen, aber auch über Presse und Unterstützung aus der Politik. OB Feldmann war ja auch gekommen. Und wir haben direkt an der Baustelle jeden Tag das Frühstück und das Mittagessen organisiert. Über die Baustelle im Europaviertel war nur ein Generalunternehmer, D & B Bau, im Licht der Öffentlichkeit. Einen zweiten, die Fa. Dressler in Aschaffenburg, haben wir dann einmal kollektiv mit einem Reisebus besucht. Der Generalunternehmer war nicht begeistert, aber das hat auch Druck gemacht.

Wart ihr mit der öffentlichen Unterstützung und Solidarisierung zufrieden?

Viele Medien, sogar Fernsehen, haben ausführlich berichtet. Aus der Politik gab es einige Unterstützung, aus der Nachbarschaft gab es vereinzelt Spenden und Essen. Aber insgesamt hätten wir uns etwas mehr spontane Solidarität gewünscht.

Wie seid ihr vernetzt? Seid ihr auch in Bündnissen aktiv?

Wir haben natürlich den Austausch mit den anderen Beratungsstellen, wir machen Fachtagungen und beteiligen uns auch an einigen Runden Tischen. Und wir kooperieren natürlich wie erwähnt gut mit den DGB-Gewerkschaften wie NGG oder IG BAU, sowohl in konkreten Einzelfällen als auch bei kollektiven Aktionen. Auch die regionalen Strukturen des DGB und der DGB-Rechtsschutz sind für uns wichtige Ansprechpartner, denn wir unterstützen sie oft bei den gerichtlichen Verfahren mobiler Beschäftigter. Auch mit den sozialen Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände bzw. Kirchen oder Gemeinden vor Ort haben wir einen engen Kontakt, um im Bedarfsfall schnelle Hilfe organisieren zu können, z.B. wenn jemand vor Obdachlosigkeit bedroht ist. Darüber hinaus stehen wir mit verschiedenen staatlichen Behörden im Austausch, wie etwa der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, sowie mit den Trägern der Sozialversicherung (v.a. DRV, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften). Ausbauen möchten wir in der Zukunft auch unsere Beteiligung an regionalen Bündnistreffen, denn diese ist im Moment nicht sehr intensiv.

Könntet ihr euch denn vorstellen, an weiteren Bündnistreffen teilzunehmen?

Wir haben sehr viel zu tun und können uns sicher nicht jeden Monat treffen. Aber neue Vernetzungsmöglichkeiten, von denen wir in solchen Fällen wie bei der Auseinandersetzung im Europaviertel auch selbst profitieren könnten, wären definitiv sinnvoll.

Ihr wart im Juli bei einer Versammlung der PrekärStation beteiligt und hattet auch rumänische Bauarbeiter eingeladen. Bringt Euch das was?

Wir haben jedenfalls einige neue Kontakte hergestellt und den Vorschlag, zur Situation in erwähntem Wohnheim in Griesheim eine weitere Versammlung vorzubereiten, kann ich mir gut vorstellen. Wichtig wird sein, dass wir auch was Konkretes anbieten können, dass wir nicht nur reden, ohne dass etwas rauskommt. z.B. weiß ich, dass viele rumänische Bauarbeiter Interesse haben, deutsch zu lernen. Tagsüber müssen sie arbeiten, aber ein Abendkurs wäre sicher ein interessantes Angebot.

Danke für das Gespräch und weiter viel Erfolg.

INTERVIEW

MIT AKTIVEN AUS DEM FRANKFURTER NETZWERK DER SOZIALEN ARBEIT IN FRANKFURT/MAIN (SEPTEMBER 2015)

Wer seid ihr? Wieviele? Seit wann gibt es euch? Wie lässt sich euer Netzwerk kurz beschreiben? Wo seid ihr selbst beschäftigt?

Das Frankfurter Netzwerk der sozialen Arbeit besteht seit gut 5 Jahren. Zunächst eher Netzwerk von Betriebsrät*innen, im Laufe der Zeit Entwicklung (auch mit Konflikten) zu einem veränderten Verständnis, als offenes Netzwerk von allen Kolleg*innen. Die meisten sind gewerkschaftlich organisiert, in unterschiedlichen Gewerkschaften, viele auch betriebsrätlich aktiv.

Im Netzwerk arbeiten Kolleg*innen aus ca. 17 Betrieben regelmäßig mit, meist aus größeren Betrieben, die alle im Auftrag der Stadt Frankfurt Arbeiten im Rahmen der Daseinsvorsorge im Sozialbereich erbringen. Die Träger sind in der Regel auch für andere Kostenträger tätig, die Stadt Frankfurt spielt jedoch eine Haupt- bzw. eine maßgebliche Rolle. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Betriebe nicht tarifgebunden. Häufig wird weit unter dem Standard des im Sozialbereich gängigen Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes (TVöD) beschäftigt und entlohnt.

Es gibt eine Reihe von Kolleg*innen, die schon seit Jahren regelmäßig im Netzwerk zusammenarbeiten. Immer wieder kommen auch Kolleg*innen aus anderen Betrieben dazu, teilweise dauerhaft, teilweise vorübergehend, teils mit konkreten Anliegen an Unterstützung.

Im Netzwerk arbeiten Kolleg*innen mit unterschiedlichen Hintergründen miteinander, es ist keine homogene Gruppe. Grundlage und Konsens ist, dass wir uns nicht in Konkurrenz zueinander sehen und setzen lassen, sondern uns solidarisch gegenseitig in unserer Arbeit und bei der Organisierung in den Betrieben, in denen wir arbeiten, unterstützen und gemeinsame Aktionen und Aktivitäten zur Verbesserung unserer jeweiligen Arbeitssituation machen.

Was sind eure zentralen Forderungen?

Die drei Hauptforderungen des Netzwerks sind
- Abschluss von Tarifverträgen, d.h. kollektive Regelungen der Arbeitsbedingungen mit Minimum TVöD
- kein Lohndumping mit öffentlichen Mitteln, d.h. kei-

ne Vergabe von Aufträgen an Träger im Sozialbereich, die unterhalb des TVöD einstellen

- Errichtung von Wirtschaftsausschüssen nach dem BetrVG in den Betrieben mit Betriebsräten, d.h. Einblick in die wirtschaftliche Situation in den Betrieben

Was ist euer Ansatz, was sind eure hauptsächlichsten Aktivitäten?

Wesentliche Themen und Aktivitäten sind die gegenseitige Unterstützung zur Organisierung in den Betrieben (Betriebsgruppen), der Austausch zwischen bestehenden Betriebsgruppen, der gegenseitige Besuch von Betriebsversammlungen und der Austausch über die Arbeitssituation und die Entwicklungen in den Betrieben. Weiterhin die Unterstützung beim Kampf für Tarifverträge, Aktionen gegen Ausgründungen oder gegen die Zerschlagung von Betrieben. Wir unterstützen aktive Kolleg*innen, die sich in ihrem Betrieb für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen engagieren. Nicht selten sind diese Kolleg*innen teilweise massiven Sanktionen, wie Abmahnungen, Versetzungen, Kündigungen durch Arbeitgeber ausgesetzt. In solchen Fällen organisieren wir Unterstützungsaktionen, z.B. durch Schreiben an die Arbeitgeber, aktionsreiche Spaziergänge zu den Betrieben und die Mobilisierung zu Arbeitsgerichtsterminen. Weiterhin gibt es eine Reihe von Aktivitäten und Aktionen gegenüber der Stadt Frankfurt, um unserer Forderung nach dem Stopp von Lohndumping mit öffentlichen Mitteln Nachdruck zu verleihen oder um Missstände in bestimmten Betrieben öffentlich zu machen.

Größere öffentliche Aktionen waren 2012 eine gemeinsame Betriebsversammlung von Kolleg*innen aus ca. 18 Betrieben auf dem Römerberg, ein Aktionstag im Sommer 2014 mit Aktionen bei zwei Betrieben zur Unterstützung der Forderungen der Kolleg*innen nach Umsetzung des bereits abgeschlossenen Tarifvertrages bzw. gegen die Zerschlagung des Betriebes und auf dem Römerberg, Unterstützung bei Warnstreiks für den Abschluss von Tarifverträgen, mehrere „Spaziergänge“ zu Betrieben, um Forderungen für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und nach Tarifverhandlungen zu unterstützen bzw. gegen

Sanktionen und Repressalien gegen aktive Kolleg*innen zu demonstrieren. Weiterhin gab es eine Reihe von „Besuchen“ bei Sitzungen des Sozialausschusses der Stadt Frankfurt.

Regelmäßig laden wir zu Filmabenden ein, mit gemeinsamem Essen und klönen. Die Filmauswahl ist unterschiedlich, häufig rund um die Themen Lohnarbeit/Arbeitskämpfe.

Wie ist euer Verhältnis zu Betriebsräten und Gewerkschaften?

Die Zusammenarbeit und Kooperation mit Betriebsräten ist unterschiedlich, entsprechend der verschiedenen Betriebsratsgremien in den Betrieben: Teilweise sehr positiv (viele der aktiven Kolleg*innen im Netzwerk sind auch betriebsrätlich aktiv), teilweise aber auch schwierig bzw. grenzen wir uns von Betriebsräten in einzelnen Betrieben deutlich ab, wenn sie beispielsweise emanzipatorische Aktivitäten verhindern statt zu fördern oder gemeinsam mit Arbeitgebern gegen die Interessen der Beschäftigten agieren. Zu bemerken ist an dieser Stelle, dass für die Durchsetzung unserer Ziele der Aufbau von Betriebsgruppen in den einzelnen Betrieben wesentlich ist. Ideal ist die gegenseitige Unterstützung von Betriebsgruppen und fortschrittlichen Betriebsräten, um Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Betrieb durchzusetzen.

Die Erfahrung in der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gewerkschaften ist bezüglich konkreter Punkte und Themen häufig gut. Gewerkschaftliche Organisation wird im Netzwerk als wichtig angesehen, gerade im Sinne einer Stärkung der Basis, d.h. auch die Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse bei den betroffenen Kolleg*innen anzusiedeln und die betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen in den Betrieben zu entwickeln und zu stärken.

Gegenüber der offiziellen Gewerkschaftspolitik gibt es eine kritische Haltung. Ein Beispiel ist der Umgang der Gewerkschaftsführung mit der Basis in den Tarifauseinandersetzungen im Sozial- und Erziehungsdienst 2015. Hier wurde durch verschiedene Aktivitäten und Verlautbarungen massiv darauf hingewirkt, den Arbeitskampf trotz eines mehr als schlechten Ergebnisses und entgegen der Stimmung an der Gewerkschaftsbasis zu beenden.

Wie seht ihr die Entwicklung eurer Arbeit? Worin seht ihr Erfolge, wo sehr ihr die größten Probleme oder Hindernisse?

Als wesentlichen Erfolg sehen wir, dass wir fast fünf Jahre kontinuierlich miteinander arbeiten und dadurch mittlerweile ein stabiles und zuverlässiges Netzwerk existiert, auf das wir (auch kurzfristig) zur Unterstützung zurückgreifen können, wenn es in einem Betrieb oder für einzelne Kolleg*innen Probleme gibt. Der Grad der Organisation in den einzelnen Betrieben ist nach wie vor sehr unterschiedlich. Eine Organisation gestaltet sich teilweise sehr schwierig, gerade in Hinblick auf Kontinuität. Ein weiterer Erfolg unserer Arbeit war die sogenannte Tarifreueerklärung der Stadt Frankfurt. Diese besagt, dass die Stadt Frankfurt Tariflöhne refinanziert. Damit können die Arbeitgeber das Argument der fehlenden Gelder für Zahlung von Tariflöhnen nicht mehr benutzen.

Schwierig ist es bislang, gemeinsam mit den Nutzer*innen unserer Arbeit Aktivitäten zu entwickeln, sei es gegen weitere Verschlechterungen ihrer Lebenssituation oder gegen schlechte Arbeitsbedingungen für uns. Eine Solidarisierung hat bisher immer mal wieder in konkreten Situationen stattgefunden, beispielsweise Unterstützung in Tarifauseinandersetzungen oder bei Kürzungen bei sozialen Initiativen – eine Kontinuität hat sich bisher aber nicht etablieren können.

Bisher ist es noch zu wenig im Fokus, die Auswirkungen der jeweiligen Bedingungen für Arbeitende und Nutzer*innen gemeinsam und im Zusammenhang zu betrachten und Bündnisse schließen. Die sozialen Kämpfe haben sich noch nicht miteinander verbunden.

Seid ihr in Bündnissen aktiv? in welchen? Warum und mit welchen Zielen?

Unser Netzwerk arbeitet mit mehreren Gruppen und Bündnissen zusammen. Hintergrund ist, dass es zu vielen Themen und an vielen Punkten unserer Aktivitäten Schnittpunkte und Zusammenhänge mit Gruppen und Initiativen gibt bzw. wir durch die Bildung von und Beteiligung an anderen Netzwerken die einzige Möglichkeit sehen, gemeinsam zu verbesserten Lebens- und Arbeitsbedingungen zu kommen. Gerade in der sozialen Arbeit werden tagtäglich die für immer mehr Menschen zunehmend schlechten Lebensbedingungen sichtbar. Ebenso wie wir zu schlechten Bedingungen arbeiten und uns beispielsweise die

Mieten in der Stadt nicht mehr leisten können, leben und arbeiten die Menschen, mit denen wir jeden Tag arbeiten, unter zunehmend prekären Bedingungen (zunehmende Verarmung, steigende Mieten, ungenügende Gesundheitsversorgung, Verschärfung von Gesetzen, der Abbau von Rechten). Im Zuge davon wird umso deutlicher, was die Aufrechterhaltung des sogenannten sozialen Friedens in der Sozialarbeit bedeutet, nämlich in erster Linie, die möglichst stillschweigende Begleitung der Verelendung ihrer Nutzer*innen.

Wir begreifen unsere Situation im Bereich der sozialen Arbeit nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit den Lebenssituationen der meisten Menschen, in anderen Branchen, als Erwerbslose, als Migrant*innen, als Flüchtlinge – wo auch immer sie leben.

Der Austausch und die Zusammenarbeit findet mit verschiedenen Gruppen/Initiativen u.a. verschiedenen Gewerkschaften, dem Bündnis gegen Sozialkürzungen, dem bundesweiten Streiksoli-Netzwerk, Gruppen aus der antirassistischen Arbeit auf verschiedenen Ebenen statt, teils regelmäßig, teils punktuell zur Vorbereitung gemeinsamer Aktionen oder Veranstaltungen oder zur gegenseitigen Unterstützung: Beispielsweise die Teilnahme an Veranstaltungen zum Thema „Prekäre Arbeit“ und zur Mobilisierung für die Blockupy-Aktionstage im Frühjahr 2015 zum Thema „transnational social strike“, Beteiligung an Aktionstagen gegen weitere Kürzungen bei sozialen Initiativen, die Unterstützung der Aktion jugendlicher Bewohner einer Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gegen die Bedingungen ihre Unterbringung im Frankfurter Bahnhofsviertel, die Teilnahme an Aktionen zur Streikunterstützung der Amazon-Kolleg*innen.

Ihr seid an der transnationalen Vernetzung zum sozialen Streik beteiligt. Was meint für euch das „soziale“ am Streik? Was ist euch daran wichtig?

Sozial-Streik ist – so ein vorläufiger Definitionsversuch unsererseits – eine Protestform, die die aktuellen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse kritisiert und sie verändern will, um das Recht auf ein würdiges Leben durchsetzen. Sozial-Streik grenzt sich damit nicht von gängigen Streikdefinitionen ab, sondern weitet den Diskurs über die Beschäftigungsverhältnisse und Lohnarbeit hinaus aus. Anders als die klassische gewerkschaftliche Streikform, macht der Sozial-Streik keine Vorgabe, wer streiken darf, sondern bezieht sich auf alle Menschen in ihren jeweiligen Lebenssituationen; also nicht nur auf Lohnarbeitende. Die Aneignung von Allgemeingütern, wie z.B. das Recht auf würdiges Wohnen, auf gute Bildung oder auf ausreichende medizinische und therapeutische Versorgung, würde mit dem grundsätzlichen Kampf gegen den Status quo verbunden.

Für die soziale Arbeit würde ein Sozial-Streik als Arbeitskampfform die Chance bieten, deutlich zu machen, dass sich die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse massiv negativ sowohl auf die Lebenssituation der Nutzer*innen sozialer Arbeit, als auch auf die der dort Arbeitenden auswirkt. Damit könnte ein Prozess der Selbstermächtigung in Gang gebracht werden, die (Rück-)Eroberung des Subjektstatus, ein Heraustreten aus der Konkurrenz untereinander. Über den Sozial-Streik könnte eine Verknüpfung von sozialen Kämpfen möglich werden.

ANHALTENDE KÄMPFE UM BEWEGUNGSFREIHEIT UND BLEIBERECHT

„Wir haben jeden Abend mit neuen Menschen gesungen und getanzt, weil diese Grenze nicht zu halten ist und alles in Bewegung.“ (1)

Anfang September 2015: „Flüchtlingskrise“ und Flüchtlingskämpfe dominieren die Schlagzeilen in allen Medien. Gerade haben syrische Flüchtlinge in Ungarn nach tagelangen hartnäckigen Protesten ihre Weiterreise nach Deutschland und Skandinavien durchgesetzt. Sie waren zuvor von der Türkei aus in kleinen Booten auf den griechischen Inseln angelandet, hatten Sonderfahrten nach Athen oder Thessaloniki erstritten und an der mazedonischen Grenze den Versuch einer militärischen Abriegelung zum Scheitern gebracht.

„Das Grenzregime ist auf breiter Front in sich zusammengebrochen. Stehen wir vor einer neuen historischen Situation im Kampf um Bewegungsfreiheit? Oder handelt es sich lediglich um einen kurzen Sommer der Migration?“ (2)

Am 22.8.2015 stürmten Flüchtlinge und Migrant*innen die Stacheldrahtsperrungen an der mazedonischen Grenze. Das Datum markierte einen neuen Höhepunkt. Während in der Ägäis weiter Tausende – darunter immer mehr Frauen, Kinder, Alte und Kranke – auf Lesbos, Chios oder Kos ankommen, gab es auch im zentralen Mittelmeer vor der Küste Libyens einen weiteren Rekordtag mit der Rettung von über 4400 Boatpeople. Und nur zwei Tage später eine weitere Sensation: das Bundesamt für Migration lässt verlauten, dass für syrische Flüchtlinge die sogenannte Dublin-Regelung (3) „weitestgehend faktisch“ suspendiert wird! Quasi eine Kapitulation vor der Hartnäckigkeit der Betroffenen, Ausdruck jedenfalls der zunehmenden Undurchsetzbarkeit von „Dublin“. Und ein weiterer großartiger Erfolg der sozialen Bewegung der Migration.

Gleichzeitig wissen wir um die vielen Toten und Schwerverletzten auf diesem Weg. Ob ertrunken im Meer oder erstickt im LKW: Das EU-Grenz- und Visumsregime zwingt auf gefährliche Routen und reißt immer noch und immer wieder Menschen in den Tod. Das passiert nicht zuletzt, weil Flüchtlinge und Migrant*innen keine Fähren nutzen dürfen und – wie in Ungarn immer wieder – keine Züge. Die Verantwortlichen in Ministerien und Bürokratie, in Budapest aber vor allem in Berlin, sollten dafür zur Rechenschaft gezogen werden, irgendwann.

Doch „kurzen Sommer der Migration“ nicht gelingt, mit „spalte und in „gute und schlechte“

Wenn es ihnen nicht gegen Politik, die kommt zur Ursache des Problems nächst mit Mi- „Schlepperstrukturen“ Seit gut 30 Jahren EU-Grenzregime, Geld, immer mehr Frontex. Noch Festung Europa seitensive, die Mauern rannt wie unterhöhlt. vieles möglich, was vor bar war: auch dass der und inneren Grenzen noch



sie werden es nur, wenn es nicht beim bleibt und wenn es der Gegenseite herrsche“ die Unterscheidung Flüchtlinge durchzusetzen. lingt, die Folgen ihrer eimerzielle Fluchthilfe, lems zu verkehren und litärschlägen gegen ren“ eine neue katafensive zu starten. formiert sich das mit immer mehr Kontrolle, immer nie befand sich die dem derart in der De gleichermaßen über Momentan erscheint kurzem noch undenk Kampf gegen die äußeren weitere Dynamik gewinnt.

Vor diesem Hintergrund formuliert Herausforderungen:

das Netzwerk *transact* drei zentrale

„ERSTENS: FLUCHTWEGE FREIHALTEN – DAS RECHT ZU GEHEN!

Dazu gehören einerseits die Verstärkung und der Ausbau von Solidaritätsstrukturen entlang der gesamten Route: von Initiativen im gesamten Mittelmeerraum (wie u.a. das WatchTheMed-Alarmphone, an dem auch Gruppen aus Frankfurt und Hanau mitwirken) über konkrete Fluchthilfe- und Webguides bis hin zur materiellen Unterstützung von lokalen Projekten, insbesondere im Balkan beim Aufbau von Anlaufstellen und Gesundheitsposten. Zum anderen braucht es politisch offensive Mobilisierungen wie 'Fahren statt Frontex', die Konvois aus Wien nach Ungarn oder die Open-Borders Karawane aus Ljubljana.

ZWEITENS: HINTERGRÜNDE THEMATISIEREN – DAS RECHT ZU BLEIBEN!

Ob durch (Ressourcen-)Kriege und Waffenexporte, durch Unterstützung korrupter Eliten oder durch Landraub, Überfischung und knallharte Handelspolitiken (verkörpert durch das viel zitierte "globale Huhn"): es gibt wenige Gründe für Flucht und Migration, an denen die Global Player der Weltökonomie und somit auch Europa und Deutschland nicht bestens verdienen. Um so verlogener erscheinen die Politikerreden, in denen proklamiert wird, die Ursachen der Migration nunmehr anpacken zu wollen. Sie wollen allenfalls eine weitere Zurichtung im Ausbeutungsgefälle. Dagegen steht die Kooperation mit selbstorganisierten Initiativen und Kämpfen für soziale Gerechtigkeit im globalen Süden. Denn eines dürfte klar sein: An den neo-kolonialen Abhängigkeitsverhältnissen lässt sich nur etwas ändern, wenn soziale Basisbewegungen aus Afrika und Europa in großem Stil gleichberechtigt, verbindlich und direkt zusammenarbeiten. Ob in Mali oder Burkina Faso bei Kämpfen für das Recht zu bleiben (und somit für eine gerechte bzw. selbstbestimmte Entwicklung), oder in Syrien, wo es bis heute nicht nur hartnäckigen Widerstand gegen das Assad-Regime und die IS-Truppen gibt, sondern auch beeindruckende Initiativen, Neues zu schaffen – ob in Erbin, Quamishli, Daraa oder Kobane.

DRITTENS: KÄMPFE VERBINDEN ZU EINER SOZIALEN OFFENSIVE!

Wie wird es weitergehen in Europa und in Deutschland? Gelingt den Herrschenden die Eindämmung der erfolgreichen Flüchtlingskämpfe? Suchen sie notfalls verstärkt den Pakt mit rechtspopulistischen und rassistischen Parteien und Organisationen? Gelingt eine soziale Spaltung im Unten, das Teile und Herrsche im Gegeneinander-Ausspielen sozialer Bewegungen? Oder kann der Impuls der Autonomien und Kämpfe der Migration in andere soziale Fragen übergreifen? Können die „Märsche der Hoffnung“ Mut machen und eine neue Dynamik sozialer Kämpfe in Europa entfachen? Freiheit, Würde, Demokratie, soziale Sicherheit für sich und ihre Familien, dafür demonstrieren die Menschen auf der Flucht mit allem Einsatz, dafür lassen sie sich von Zäunen und Grenzen nicht aufhalten. Sie wollen ankommen am Ort ihrer Wahl, zumeist bei Verwandten und Freund*innen quer durch Europa, dort die Sprache lernen, vernünftig wohnen, arbeiten, leben. 'Solidarity for all', der Slogan emanzipativer Netzwerke in Griechenland, wäre aufzugreifen, um alle Spaltungsversuche offensiv zu bekämpfen und gleichzeitig die 'Normalität der Austerität', die Politik der Sozialkürzungen und Prekarisierung, neu anzugreifen. Bezahlbare Wohnungen für alle durch neue Wohnungsbauprogramme, Zugang für alle zu gesundheitlicher Versorgung und Bildung, bedingungsloses Grundeinkommen und erhöhte Mindestlöhne: Diese sozialen Forderungen können und müssen mit neuem Leben gefüllt werden, durch soziale Aneignung und soziale Streiks, lokal bis transnational. Kurzum: Die Kämpfe der Geflüchteten und Migrant*innen haben die soziale Frage mit neuer Wucht auf die Tagesordnung gesetzt. Greifen wir sie auf, reißen wir die Grenzen nieder, in allen Ländern, in allen Köpfen!"(4)

ANTIRASSISTISCHER WIDERSTAND IN RHEIN-MAIN

Inspiriert von den bundesweit zunehmenden Protesten und Märschen von Geflüchteten seit 2012 startete in Frankfurt Anfang 2014 eine selbstorganisierte Initiative, die sich später den Namen „Refugees for Chan-

ge“ gab. Getragen zunächst vor allem von von *Noborder Frankfurt* wurde ein gegen die Verantwortlichen der nisiert. Gleichzeitig formier- *Hanau* rund um das Bera- ist illegal und wehrte einer Kette von Kir- Abschiebungen nach Auseinandersetzung- das Widerstandspo- wieder stark zuneh- Asylsuchenden mit schen Erfahrungen gegen Abschiebung Vernetzung gegen Ab- tere ist mittlerweile fä- zum Abschiebefluga- – sofern zuvor angekün- vor Wohnheimen der Ab- diesen zumeist relativ kleinen Last-Minute-Interventionen erleb- auch Demonstrationen mit bis zu 2000



sische Übergriffe von Polizei und Sicherheitsfirmen zu protestieren. Und gegen Kontrollen entlang der Hautfarbe, das „racial profiling“, hat sich 2013 zudem Copwatch in Frankfurt gegründet. Ebenfalls 2013 startet mit *Teachers on the Road* von Mainz aus der Ausbau von selbstorganisiertem Sprachunterricht als „Netzwerk konkreter Solidarität“ (s. Interview), die mit einer Kritik an der Isolation durch die Lagerpolitik verbunden wird und den sofortigen kostenlosen Zugang zu Deutschkursen fordert. Hier setzt im Spätsommer 2015 auch *Lampedusa in Hanau* seinen neuen Schwerpunkt, während *Lampedusa in Frankfurt* – ausgehend von der Obdachlosigkeit vieler ihrer Mitglieder – gemeinsam mit Unterstützer*innen seit Januar 2015 ein neues migrantisches Zentrum, nämlich Projekt Shelter, einfordert (s. Interview).

eritreischen Flüchtlingen und unterstützt Zyklus von Demonstrationen zu und (Dublin-)Rückschiebepolitik orga- te sich 2014 *Lampedusa in* tungscafe von kein mensch ab Fröhsommer u.a. mit chenasylen die (Dublin-) Italien ab. In diesen gen verknüpfte sich tential der seit 2013 menden Zahl von langjährigen prakti- des Aktionsbündnis Rhein-Main sowie der schiebung (VgA). Letz- hig, auch sehr kurzfristig fen zu mobilisieren oder digt – auch zu Blockaden schiebebedrohten. Neben und dennoch oft erfolgreichen te Frankfurt in den letzten Jahren Teilnehmer*innen, um gegen rassisti-

REFUGEES WELCOME IN RHEIN-MAIN

Der Aufbruch zum “March of Hope” am 4. September im Budapester Bahnhof und der anschließende Durchbruch mit Sonderbussen und Sonderzügen bis nach Deutschland markierte einen weiteren Höhepunkt im Kampf um Bewegungsfreiheit. „Davon inspiriert kam ein neuer Schub von ‘Refugee Welcome’-Initiativen in Gang, verknüpft mit einer riesigen medialen Aufmerksamkeit, nicht nur in Deutschland und Österreich überwiegend in positiv-solidarischer Berichterstattung für die Geflüchteten. Bei allen ‘Ambivalenzen dieser Hegemonie’ – von bisweilen unerträglichem Paternalismus oder zynischen Nützlichkeitsdiskursen, inklusive Unterscheidung in gute und schlechte Flüchtlinge – sehen wir ein gesteigertes Potential für eine transnationale antirassistische Bewegung, die den ‘langen Sommer der Migration’ weiter erfolgreich flankieren kann und gleichzeitig den Impuls geographisch und sozial ausweiten muss.“(4)

Mitte September erreichten Sonderzüge und Busse auch Frankfurt und Hanau, spontan entstanden dort in den Bahnhöfen Willkommenskundgebungen. „Welcome Frankfurt“ (5) entwickelte sich innerhalb weniger Wochen zu einem lebendigen Netzwerk der Solidarität und des Austauschs zwischen „Neubürger*innen“ und lokalen sozialen Initiativen. In Darmstadt wird ein neu gegründetes Flüchtlingsberatungscafe zum gut besuchten Treffpunkt, in Hanau bekommt der im Frühjahr gebildete Arbeitskreis Asyl neuen Schwung. Überall ist Refugees Welcome nun ein Thema, unzählige neue lokale Initiativen entstehen, *Teachers on the Road* kann sich vor Unterstützungsanfragen kaum mehr retten!

EIN NEUES DEUTSCHES SOMMERMÄRCHEN?

Der Schriftsteller Navid Kermani – auf dem Weg zur Recherche in den Balkan – formuliert Mitte Oktober sehr gut: „Es war ein seltsam weich gewordenes Deutschland, das ich verließ, auch das Graue, sonst so Starre, Abweisende wie mit Puderzucker bedeckt. Gerade als ich es verließ, musste ich daran denken, wie leicht sich Puderzucker auch wegblasen ließe.“(5) Am 16. Oktober beschließen Bundestag und Bundesrat ein „Asylbeschleunigungsgesetz“, das erneut vor allem Abschreckung und Entrechtung zum Programm erklärt. Auf EU-Ebene wird versucht, die türkische Regierung zum besseren Wachhund zu finanzieren und mit nochmaliger Verstärkung von Frontex und als „Hotspots“ oder „Transitzonen“ deklarierten Internierungslagern die Außengrenzen hochzurüsten. Die Gewerkschaft der Polizei fordert ernsthaft Zäune zur österreichischen Grenze und parallel erheben Pegida und Co in Dresden, Erfurt und sonstwo wieder ihr rassistisches Haupt. Die gesellschaftliche Polarisierung geht in eine neue Runde und wie oben schon zitiert, wird es jetzt zunehmend darauf ankommen, in den übergreifenden sozialen Fragen initiativ zu werden und hierbei „Solidarität statt Konkurrenz“ zum gemeinsamen Motto zu machen.

GLEICHE RECHTE FÜR ALLE, FÜR EINE SOZIALE INFRASTRUKTUR FÜR ALLE..

Angesichts der notdürftigen Einquartierung in Turnhallen, Containern oder gar Zelten ist aus Sicht der Neu-Angekommenen die Wohnungsfrage sicher vordringlich. Dezentrale Unterbringung statt Lager erscheint vor dem Hintergrund des notorischen Mangels an kostengünstigem Wohnraum zwar zunächst illusorisch. Doch genau daran wäre anzusetzen: Ein Sofortprogramm für sozialen Wohnungsbau, das Recht auf kostengünstiges Wohnen für Alle, kann und muss zu einer zentralen gemeinsamen Forderung werden. Sie wurde in den letzten Monaten bereits lauter und mit den zunehmenden Flüchtlingszahlen hoffentlich bald unüberhörbar! Das Recht auf Wohnen ist elementarer Bestandteil einer sozialen Infrastruktur, die zudem ein bedingungsloses Grundeinkommen, den Zugang zu gesundheitlicher Regelversorgung, zu Bildung und sofortigen Deutschsprachkursen sowie zu kostenlosem Nahverkehr umfasst. In dieser Orientierung eine gemeinsame Kampagne zu entwickeln, die kurzfristig realisierbare Forderungen (wie u.a. ein Projekt Shelter) mit mittel- und langfristigen Perspektiven verbindet, könnte das o.g. „Solidarity for All“ praktisch werden lassen. Einzubeziehende wären zudem gewerkschaftliche Gruppen und Unterstützungsinitiativen wie *MigrAr Rhein-Main* oder *Faire Mobilität Frankfurt* (s. Interview). Denn dass die Konzerne, ihre Subunternehmen und ihre arbeitsmarktpolitischen Vordenker alles daran setzen werden, die Neubürger*innen als „konkurrente Reservearmee“ einzusetzen und sogar unterhalb des mageren Mindestlohnes auszubeuten, ist bereits angekündigt. Die Verbesserung der sozialen Bedingungen der Geflüchteten würde zumindest indirekt dazu beitragen, diese Absichten zu durchkreuzen. Der direkte Ansatz wäre zweifellos die gemeinsame Organisation... Eine Initiative, die „Gleiche Rechte für Alle, für eine soziale Infrastruktur für Alle“ in den Mittelpunkt stellt, hätte jedenfalls das Potential, an Alltagskämpfen anzuknüpfen und gleichzeitig einen perspektivischen Rahmen der Verknüpfung sozialer Fragen aufzuspannen.

(1) Bericht zu Back to the Borders auf Lesbos Ende August 2015: www.lesvos.w2eu.net

(2) Diese Sätze stammen aus einer neuen Initiative zur Unterstützung der Migrationsbewegungen durch den Balkan, siehe: www.ffm-online.org

(3) Dublin Regelung, nach der der Asylantrag im EU-Staat der ersten Ankunft/Registrierung durchgeführt werden muss

(4) siehe die neue Veröffentlichung von transact!: www.transact.noblogs.org

(5) vgl. Der Spiegel vom 17.10.2015

INTERVIEW

MIT PROJECT SHELTER
(AUGUST 2015)

Was ist das Project Shelter und warum habt ihr das Projekt begonnen?

Project Shelter ist eine Initiative, die sich für die Eröffnung eines selbstverwalteten migrantischen Zentrums in Frankfurt einsetzt. Sie ist ein Zusammenschluss von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, die sich teilweise in sehr unterschiedlichen Lebenslagen befinden. Gegründet wurde Project Shelter im Herbst bzw. Winter 2014, als mehrere Personen aus der Not heraus angingen, obdachlose Migrant*innen in Privatwohnungen unterzubringen. Schnell stellte sich heraus, dass das Problem der Obdachlosigkeit unter Migrant*innen viel weiter verbreitet ist, als dies in der breiteren Öffentlichkeit bekannt ist.

Anders als beispielsweise in der Presse oft dargestellt, gibt es neben den Menschen, die einen regulären Asylantrag in Deutschland stellen auch viele Migrant*innen, die dies aus unterschiedlichsten Gründen nicht können. Dies bedeutet aber auch, dass diese Menschen keinerlei Anspruch auf staatliche Unterstützung, z.B. in Form einer Unterbringung, haben.

Daneben gibt es auch noch Fälle von Menschen, die zwar theoretisch ein Recht auf eine staatliche Unterbringung hätten, diese aber wegen der teilweise menschenunwürdigen Lebensbedingungen in einigen „Lagern“ für Geflüchtete oder etwa aus Angst vor Attacken von Nazis nicht mehr wahrnehmen wollen. Meist sind es Armut und Verzweiflung, die Migrant*innen aus ganz Europa – und darüber hinaus – nach Frankfurt treiben. Für die meisten Politiker*innen gelten diese Menschen jedoch als Belastung. Obdachlosigkeit und diverse Hürden, etwa bei der Anmeldung oder Arbeitserlaubnis, werden in den meisten deutschen Städten systematisch zur Abschreckung von Migrant*innen eingesetzt – so auch in Frankfurt. Das Ergebnis ist die systematische Verelendung von Menschen in ganz Europa.

Genau dem wollen wir uns – wie viele andere auch – lokal entgegenstellen, indem wir die aktuellen Zustände nicht nur kritisieren, sondern ihnen auch eine positive Vision einer anderen, einer solidarischeren Stadt entgegensetzen. Letztlich geht es hierbei nicht

nur um praktische Solidarität mit einer diskriminierten Gruppe, sondern um die grundsätzliche Frage, wie wir als Menschen gemeinsam in Frankfurt – oder auch anderswo – leben wollen.

Was ist Euer politischer Hintergrund?

Wir sind ein Zusammenschluss von Menschen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen. Viele waren vor Project Shelter noch gar nicht politisch organisiert. Andere waren bzw. sind noch in antirassistischen und antifaschistischen Gruppen aktiv oder in der Studierendenselbstverwaltung.

Wo seht ihr Verbindungen zu lokalen Kämpfen in anderen Bereichen und wie nutzt ihr sie?

Für uns war von Anfang an klar, dass wir Project Shelter als Teil einer heterogenen, linken und emanzipatorischen Bewegung sehen. Wir suchen deshalb eine enge Zusammenarbeit mit antirassistischen Gruppen und selbstorganisierten Flüchtlingsinitiativen in der Region. Gleichzeitig stehen wir in engem Kontakt mit Gruppen und Initiativen, die das Themenfeld „Recht auf Stadt“ bearbeiten. Solidarität ist keine Einbahnstraße und nur gemeinsam können wir uns als Linke aus der gesamtgesellschaftlichen „Bedeutungslosigkeit“ befreien, in die wir uns haben drängen lassen. Konkret heißt das für uns, immer wieder über den Tellerrand unseres eigenen Projekts hinaus zu schauen und zu versuchen Synergieeffekte mit anderen Kämpfen zu generieren. Gleichzeitig müssen wir immer darauf achten, uns nicht von staatlichen oder bürgerlichen Kräften vereinnahmen zu lassen. Natürlich stehen wir immer noch relativ am Anfang dieses Prozesses, aber der Winter sollte spannend werden in Frankfurt!

Wie könnte oder sollte eine größere inhaltliche Klammer/politische Kampagne hier in der Region aussehen, in der die Forderung nach einem Project Shelter seinen Platz finden kann?

Das Thema „Recht auf Stadt“ hat unserer Meinung nach das Potenzial, verschiedene lokale Kämpfe zu bündeln – was ja auch in der Vergangenheit immer

wieder versucht wurde und weiterhin versucht wird. Gleichzeitig muss immer darauf geachtet werden, dass dann kleinere Projekte nicht in den Forderungskatalogen bzw. der Kampagnenarbeit untergehen.

Bevor solche größeren Kampagnen jedoch gestartet werden, braucht es vielleicht auch erstmal eine bessere „Verwurzelung“ linker Perspektiven in den einzelnen Stadtteilen bzw. Städten sowie eine gründliche Auseinandersetzung mit den gegebenen Umständen vor Ort. Die grundsätzliche Frage, wie emanzipatorische Politik heute überhaupt aussehen kann und soll, wird viel zu oft umgangen, indem sich Menschen (uns eingeschlossen) in die Praxis „stürzen“. Schlussendlich haben wir bei diesem Punkt auch mehr Fragen als Antworten!



Haltet ihr die Stadt Frankfurt realistisch für eine Ansprechpartnerin und wie könnten alternative Lösungen zur Umsetzung des Shelters aussehen?

Die Frage war und ist weniger, ob wir die Stadt für eine realistische Ansprechpartnerin halten (Nein!), sondern wie die Mehrheit der Menschen in Frankfurt darüber denkt. Um unser Projekt umzusetzen, brauchen wir diese Menschen auf unserer Seite. Die Stadt Frankfurt ist (mit)verantwortlich für die Misere von Migrant*innen und muss deswegen als Akteur öffentlich markiert werden. Gleichzeitig ist klar, dass wir nicht ewig auf eine „Einsicht“ der städtischen Politiker*innen warten können. Das „Shelter“ in Frankfurt wird eröffnet werden, weil die Menschen das wollen – nicht weil Politiker*innen es erlauben.

Gibt es bundesweit oder international Vorbilder für Euer Projekt?

In ganz Europa kämpfen Migrant*innen seit Jahrzehnten für ihre Würde. Sie, und die Menschen die sie solidarisch unterstützen, sind die Inspiration für dieses Projekt. Gleichzeitig gab es in den letzten Jahren auch viele Rückschläge. Der beeindruckende Protest rund um den Oranienplatz und die Ohlauer Str. in Berlin wurden beispielsweise auf brutalste Weise von der Staatsmacht aufgelöst. Wir versuchen solche Ereignisse zu analysieren und sie in unsere Praxis einfließen zu lassen, so gut es geht.

INTERVIEW

MIT ULI TOMASCHOWSKI, EINEM DER GRÜNDER VON TEACHERS ON THE ROAD
(OKTOBER 2015)

Wann und wie habt Ihr Euer Projekt begonnen?

Angefangen hat unser Politisches Bildungsprojekt - damals noch nicht unter diesem Namen - im Jahr 2006 im Multikulturellen Zentrum Trier als Unterrichtsangebot für Flüchtlinge aus der dortigen Erstaufnahmeeinrichtung - dort sind die Menschen die ersten drei Monate untergebracht. Weil die Flüchtlinge zum großen Teil keinen Zugang zu Bildung haben, hatten wir Student*innen der Universität Trier angeworben. Das Projekt läuft jetzt dort seit fast 10 Jahren, täglich kommen bis zu 50 Leute und werden in drei Kursen unterrichtet. Da wir kaum Informationen über die Situation von Flüchtlingen nach dem Transfer in die Kommunen hatten, überlegten wir, wie es weitergehen soll. Damals war die Antira-Szene sich am selbst zerfleischen, nach dem NoBorder-Camp in Köln, alles war geprägt von nach innen gewandten Diskursen. Wir haben uns daher entschlossen, eine Anti-Isolation-Tour durch Unterkünfte in Rheinland-Pfalz und Hessen zu machen. Am Ende einer Bleiberechtsdemonstration in Trier wurde eine Kontakt Nummer herausgegeben, um die Orte der Unterkünfte zu erfahren. Dort haben sich viele Flüchtlinge gemeldet und wir sind dann in Rheinland-Pfalz und später auch in Hessen in die Unterkünfte gefahren und haben eine Bestandsaufnahme gemacht: Wie ist der Zugang zu Bildung? Wie ist die medizinische Versorgung? Gibt es rassistische Übergriffe? Wie ist die Unterbringungssituation? Was sind die zentralen Anliegen der Menschen?

Viele hatten Angst vor Dublin-Abschiebung, und ganz viele hatten außerdem berichtet, sie seien schon seit ein bis zwei Jahren hier und hatten noch kaum ein Wort deutsch gelernt. In den Kommunen und Städten können sie nicht an den öffentlich-finanzierten Sprachkursen teilnehmen, würden aber gern Deutsch lernen. Daraufhin hatten wir die Idee, das Trierer Konzept zu multiplizieren, damals kam der Name „Teachers on the Road“ zustande.

Wie habt Ihr das Projekt dann in Gang gebracht? Wie viele Leute seid ihr mittlerweile?

Zunächst bin ich allein herumgefahren, einmal die Woche bin ich von Frankfurt nach Ludwigshafen und

Mainz gefahren, um dort Flüchtlinge zu unterrichten, zunächst in den Unterkünften, später konnte ich Mitstreiter*innen gewinnen, die das Projekt eigenständig durchgeführt haben und Unterrichtsräume organisieren konnten, was für uns sehr wichtig ist, weil wir die Leute ja aus der Isolation herausholen wollten. Das Projekt hat sich dann autonom entwickelt. In Mainz und in Ludwigshafen gibt es jetzt seit zwei Jahren eine Gruppe, in Frankfurt starteten wir ebenfalls 2013, in Oberursel gibt es das Projekt seit Anfang 2014. Inzwischen machen sehr viele Menschen mit, derzeit sind es etwa 450 Leute, die im Projekt aktiv sind – als Teachers oder als Begleitteam bei Behördengängen, als Übersetzer*innen oder auch für Nachhilfe und Einzelunterricht. Wir sind mittlerweile in zehn Städten aktiv, und in Frankfurt an elf Standorten.

Wie organisieren und koordinieren sich denn die 450 Leute? Habt ihr gemeinsame Plena?

Nein, jede Gruppe organisiert sich selbst, das hat in vielen Städten geklappt, in einigen allerdings auch nicht. Die Gruppen arbeiten autonom, d.h. es gibt Trainings und Vorbereitungsveranstaltungen, einen Deutschkursworkshop und einen Asylworkshop. Derzeit basteln wir an einem Selbstverständnis, weil gerade jetzt sehr viele Menschen mitmachen wollen. Viele haben aber nicht das politische Konzept im Blick und wir wollen vermeiden, dass unser Projekt politisch entkernt wird.

Was sind Eure hauptsächlich Ziele und Forderungen?

Unser Ziel ist nicht, professionelle Sprachkurse zu ersetzen, vielmehr fordern wir, dass der Staat wesentlich mehr Geld in die professionellen Kursträger investiert, damit mehr ausgebildete Lehrkräfte eingestellt werden können. Solange nicht jeder Flüchtling zu Beginn seiner Ankunft Zugang zu Bildung erhält, wird es unser Projekt geben. Wir sehen uns insofern auch eher als Vergesellschaftungsprojekt denn als reines Unterrichtsprojekt.

Wie arbeitet ihr konkret vor Ort mit euren Forderungen nach Bildung, Gleichheit vor dem Gesetz, Medizinischer Versorgung, nach Teilhabe und Unterbringung?

Politisch sind wir vor allem interventionistisch aktiv, etwa in Rheinland-Pfalz gibt es zahlreiche Kommunen, in denen es willkürliche Kürzungen von Sozialleistungen gibt. Da versuchen wir, mit Anwält*innen zu intervenieren und gehen gegen diese rechtswidrigen Bescheide vor. Teilweise verfügen die Behörden 75%ige Kürzungen ohne jeden Bescheid, also grob rechtswidrig. Wir unterstützen die Menschen beim Schreiben von Widersprüchen. Wir werden von den Flüchtlingen eingeladen, fahren hin und versuchen, das Maximum für die Menschen dort zu erreichen. In Neustadt etwa, wo es Kürzungen der Sachleistungen von bis zu 100% gab, konnten wir in mehreren Fällen erfolgreich intervenieren. Dort gibt es jetzt keinerlei Kürzungen mehr. In Hassloch, wo unsere Gruppe aus Kaiserslautern aktiv wurde und wir bislang kein Teachers-Projekt haben, sondern eine rein politische Gruppe – dort wurde gegen die menschenunwürdige Unterbringung interveniert und die Unterkunft wurde geschlossen und die Menschen wurden in Pensionen und Hotels untergebracht. In Worms hatten die Leute kein Kleider- und Hygienegeld erhalten, dort hat der Unterstützer*innenkreis Asyl Worms erreicht, dass die Leute 40.000 € Nachzahlung bekommen haben. Und auch dort kriegen die Menschen jetzt den richtigen Sozialhilfesatz.

Anderes positives Beispiel: im Containerlager in Oberursel ist es gelungen, für 80 der 250 Menschen die Isolation zu durchbrechen. Inzwischen ist das Verhältnis dort auch viel mehr auf Augenhöhe als zu Beginn, es gibt private Kontakte, gemeinsame Veranstaltungen, es ist ein Stückchen Gesellschaft entstanden. In

den Großstädten ist es natürlich leichter, weil es da mehr Möglichkeiten gibt. Für abgelegene Orte wie etwa in der Vulkaneifel oder in der Südwestpfalz, die wir auf der Anti-Isolation-Tour kennengelernt haben, ist es aber schwierig bis unmöglich, Leute zu finden. Da ist noch sehr viel zu tun.

Interveniert ihr über die Alltagsunterstützung hinaus auch kommunalpolitisch, um eure Forderungen durchzusetzen?

Das kommt erst jetzt, es gab jetzt viele Presseanfragen, und ich habe das dort in zahlreichen Interviews gesagt. Das Projekt war anfangs trotz der vielen Leute von den Einflussmöglichkeiten her relativ klein, und es schien erstmal aussichtslos, damit Druck auszuüben. Es wäre daher gut, jetzt auch aus den Parteien Mitstreiter zu gewinnen, die solche Forderungen formulieren. Wir hoffen also, dass unsere Forderungen aufgegriffen werden von Menschen aus ganz unterschiedlichen Parteien und Organisationen und dass sie mit uns eine Kampagne machen, weil es denen auch ein Anliegen ist, dass es vom ersten Tag an Sprachkurse für alle Flüchtlinge gibt. Wenn es andere Initiativen gibt, die eine entsprechende politische Kampagne starten, sind wir auf jeden Fall dabei. Es wäre sinnvoll, etwas zu formulieren, das man überall aufgreift, um die Kommunen und das Land unter Druck zu setzen. In der jetzigen Stimmung, wo alle helfen wollen, könnte man da ja vielleicht koordinierter was machen.

„FÜR FRANKFURT WÄRE EINE KAMPAGNE DER SKANDALISIERUNG DES LEERSTANDS VON BÜRO- RAUM WIRKLICH ANGESAGT“

EIN GESPRÄCH MIT AKTIVEN VON DER AGB-KAMPAGNE

? *Ende Januar 2015 seid Ihr mit Forderungen der Kampagne „Eine Stadt für Alle! Wem gehört die ABG?“ an die Öffentlichkeit gegangen. Was waren seitdem Eure wichtigsten Initiativen, was ist der aktuelle Stand Eurer Kampagne?*

Mira: Pardon, aber zunächst eine kleine, nicht ganz unwichtige Korrektur: Die Kampagne „Eine Stadt für alle. Wem gehört die ABG?“ ist erst im April 2015 an die Öffentlichkeit getreten - mit einer Pressekonferenz unmittelbar vor der neuen ABG-Zentrale in der Niddastraße 107 und einem anschließenden Stadtspaziergang durch das Gallus-Viertel. Dort formulierten wir unsere Grundidee der Kampagne. Der Bericht der FR vom 11./12.4. über diese PK trug dann auch die recht treffende Überschrift „Bündnis will eine demokratische ABG – Linke Gruppen fordern Wohnungsbaugesellschaft zur Abkehr von Profitorientierung auf!“ Die Kampagne ist also jetzt gerade ein halbes Jahr „alt“, und es ist interessant, dass sie als „älter“ wahrgenommen wird als sie in Wirklichkeit ist.

Rolf: Vorher gab es allerdings einen längeren internen Verständigungsprozess der beteiligten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen. Ergebnis dieses Prozesses sind unsere beiden „Grundsatzpapiere“: ein Selbstverständnispapier und unser detaillierter Forderungskatalog. Dieser beschäftigt sich mit Fragen des Wohnens in Frankfurt und Region, der – zunehmend unbezahlbar werdenden – Mieten, der katastrophalen Stadtentwicklungspolitik unter Schwarz-Grün, der Verdrängung der Unerwünschten aus der Stadt, der Verhinderung von Projekten, die nicht ins Programm der herrschenden Stadtentwicklung passen. Dabei steht für uns die aktuelle Politik der ABG im Zentrum, die diese Entwicklung maßgeblich vorantreibt. Warum die ABG? Eine Veränderung der ABG-Politik und ihrer Strukturen ist eine unserer zentralen Forderungen, denn die ABG als Wohnungsbaugesellschaft im Besitz der Stadt Frankfurt ist politisch beeinflussbar – und deswegen ist, wenn wir „ABG“ sagen, immer zugleich der Frankfurter Magistrat gemeint, der über den Aufsichtsrat die Geschäftspolitik bestimmt. Und der somit politisch dafür verantwortlich ist, was dieses Unternehmen so treibt. Es gibt also eine politische Verantwortlichkeit für dieses städtisches Unternehmen, das sich mittlerweile eher als profitorientierter Immobilieninvestor und „Global Player“ aufführt. Dabei hatte der Name „ABG“ – Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen – ursprünglich etwas mit Schaffung von günstigem Wohnraum zu tun.

Mira: Was haben wir seit April getan? Wir haben versucht, uns zu konzentrieren auf die aktuellen Konfliktfelder, in denen die ABG am Werk ist. Da die ABG stadtweit über ausgedehnten Immobilienbesitz von über 50.000 Wohnungen verfügt, kann dies nur schwerpunktmäßig geschehen. Schon um uns einen begrenzten visuellen Überblick über die ABG-Aktivitäten zu verschaffen, haben wir deswegen mehrere Stadtspaziergänge durch ABG-Siedlungen veranstaltet – wobei wir auch die Frankfurter Stadtgrenze in Richtung Offenbach überwunden haben, wo die ABG maßgeblich an der Aufwertung des Hafengeländes beteiligt ist. Über dieses Sichtbar-Werden vor Ort, haben wir auch erste Kontakte in Stadtteile bekommen, wo wir zunächst (fast) niemand kannten, z.B. in Praunheim und Ginnheim. Ein wichtiger Ort unserer Aktivitäten ist auch das Gelände des ehem. Campus Bockenheim, das die ABG gerade gewinnbringend an Investoren verscherbelt. z.B. das ehemalige Philosophicum, in dem ein Investor Luxusappartements für Studierende schaffen will – nachdem das selbstorganisierte Philosophicum-Projekt durch unbezahlbare finanzielle Forderungen ausgehebelt wurde. Zu diesem Standort „Campus Bockenheim“, den die ABG als „Leuchtturm-Projekt“ vermarkten will, wur-

den verschiedene kleinere Aktionen der eher symbolischen Aneignung durchgeführt. Last but not least sind unsere Besuche der ABG-Straßenfest in Ginnheim und im Gallus zu erwähnen, wo es uns zumindest teilweise gelang, ABG-Chef Junker seine notorisch gute Laune zu verderben, z.B. als wir in Ginnheim ihm und seiner Gesellschaft ein „Betongoldhäuschen“ für „erfolgreiche“ Mieterverdrängung überreichten. Wir haben aber auch unseren Blick durchaus über die bundesdeutschen Grenzen geworfen und eine Vertreterin der PAH aus Barcelona eingeladen, die uns auf einer gut besuchten Veranstaltung über die recht erfolgreichen Kämpfe gegen Zwangsräumungen in Spanien berichtete.

? *In wie weit ist es Euch gelungen, mit Nachbarschaftsinitiativen und Stadtteilgruppen in kontinuierlichen Kontakt zu kommen? Hat die ABG Kampagne das Potential, hier verbindend zu wirken? Und mit den konkreten Forderungen auch konkrete Veränderungen zu erreichen?*

Mira: Eine schwierige Frage. Nachbarschaftsinitiativen stehen kontinuierliche Zusammenarbeit. Die Initiative „Nordend-eigenständig Mietenpolitik“ steht im Mittelpunkt. Durch die Unterschriften der Presse zur konkreten „Zukunft von Anfang“ Kampagne mit Initiativen stehen wir im Austausch. Die zu Initiativen in Praunheim sind neueren sich in gemeinsamen gefestigt.

Rolf: Es wirklich noch keine Kooperation mit man allerdings deren Aktivismus ihre – individuelle – Beratungstätigkeit

Zudem herrschen bei vielen Verbänden und Initiativen beträchtliche Illusionen über die Erfolgsmöglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der SPD, insbesondere mit OB Feldmann, der sich gerne als Frankfurts oberster Mieter*innen-Interessenvertreter darstellt. In der Kampagne sind sicher nicht alle einer Meinung, wenn es um die Beurteilung der sozialdemokratischen Mieterpolitik geht. Ich jedenfalls bin nicht der Meinung, dass die SPD und Feldmann das bisherige Konzept der Entwicklung Frankfurts zur „Boomtown“ der Finanzindustrie mit der entsprechenden Marktlogik des Immobiliensektors wirklich in Frage stellt. Wenn wir den auch von mir geteilten Anspruch formulieren, dass die ABG-Kampagne Kontinuität und Verbindung zwischen verschiedenen Initiativen schaffen soll, bedarf es meiner Meinung nach auch einer Verständigung darüber, was man eigentlich gemeinsam will. Da haben wir in unserem Forderungskatalog einiges an sehr konkreten Vorstellungen entwickelt. Ob wir uns mit den Initiativen da verständigen, wird die Zukunft zeigen. Diese Verständigung muss sich auch darauf beziehen, dass wir die bisherige Struktur der ABG in Frage stellen, die optimal auf ihre Funktion als gewinnorientierter Immobilieninvestor ausgerichtet ist. Eben das, was wir als „Demokratisierung“ und Weiterentwicklung in Richtung Selbstverwaltung formuliert haben. Dieses Ziel erscheint – auch uns selbst – ja heute noch sehr weit entfernt. Aber wir wollen uns nicht mit einigen wenigen Prozent

Mit den Kontakten zu den Nachbarwir sicher noch am Anfang. Zusammenarbeit gibt es mit der Bornheim-Ostend“, die schon länger u.a. zur der ABG mobilisiert, sammelt etc. – von Mitteilung bis zu den Aktionen. Die Bockenheim“ ist an bei der Kampagne dabei. Mit den in Offenbach in engem Aus-Beziehungen in Ginnheim, und Rödelheim Datums und haben gemeinsamen kleinen Ak-

Mangel sehe ich es, dass es Mieterverbänden gibt – wobei auch nicht überschätzen sollte. Über hinaus tut sich da zur Zeit nicht so viel. Zu-



weniger Mieterhöhung zufrieden geben.

Mira: Trotz dieser Perspektive: Wenn es uns nicht gelingen sollte, dass sich unsere Forderungen auch in konkreten Erfolgen niederschlagen, wird die Kampagne das sicher nicht lange überleben. Erste, bescheidene Erfolge deuten sich allerdings jetzt schon an, z.B. dass die städtische Politik zunehmend die unerträgliche Belastung durch steigende Mieten nicht mehr komplett ignorieren kann. z.B. wenn Cunitz, der sich bislang nie zu blöd war, die „Global City“ Frankfurts als „Erfolgsmodell für alle“ zu preisen, jetzt der ABG vorschlägt, den Mietspiegel doch nicht voll auszureizen. Das ist sicher alles auch Wahlkampf – der SPD und Feldmann nicht das Monopol der „Mieterpartei“ überlassen –, aber vielleicht ist es nicht nur Wahlkampf.

Rolf: Dieses vorsichtige Agieren des Magistrats ist sicher nicht nur Vorwahlkampf, sondern auch eine Reaktion auf die ziemliche verbreitete Kritik in den Medien an den kaum noch bezahlbaren Mieten in der Stadt. Und zu dieser Kritik, dieser „Stimmung“ in der Stadt, haben die Initiativen in Frankfurt und auch wir als Kampagne wohl schon ein ganzes Stück beigetragen.

? *„Ausgrenzung und Verdrängung – Die Stadt gehört allen“. Unter dieser Überschrift setzt ihr in Eurem Aufruf einen zweiten Schwerpunkt, der u.a und explizit „Wohnraum für Geflüchtete“ fordert. Gewinnt diese Forderung angesichts der aktuellen Situation der vielen Neu-Ankommenden eine neue Bedeutung? Wenn ja, was heißt das konkret?*

Rolf: Die Migration als reale Bewegung ist mittlerweile ja wirklich in der Stadt angekommen. Ich würde sagen, dass die „Flüchtlingsswelle“ durchaus auch Chancen eröffnet, um progressivere Modelle der Wohnraumversorgung durchzusetzen. Da jetzt noch viel offensichtlicher wird, dass der immer wieder beschworene „Markt“ und seine profitorientierten Akteure sicherlich nicht in der Lage sind, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, öffnet dies vielleicht ein Zeitfenster, auch über neue Träger des Wohnungsbaus, z.B. gemeinnützige, demokratisch organisierte Wohnungsbaugesellschaften, nachzudenken. Und dies auch durchzusetzen.

Mira: Bedingung für ein „progressiveres Modell“ ist natürlich, dass nicht Geflüchtete gegen andere marginalisierte Gruppen ausgespielt werden. Die alt bekannte Spaltungsproblematik! Dagegen haben wir auch in unser Forderungsprogramm auch ganz bewusst die Idee des „Fördervereins Roma“ nach Schaffung eines inklusiven Wohnprojekts aufgenommen. Für diese ist die ABG, die über eine Fülle an Immobilien in der Stadt verfügt, allererste Adresse. Und es ist uns sehr bewusst, die Aufspaltung in „gute“, d.h. nützliche, und „schlechte“, nicht „integrierbare Wirtschaftsflüchtlinge“ eine beliebte Methode ist, um gemeinsames Handeln zu erschweren. Ebenso wie die Unterstützung des Roma-Projekts liegt uns auch das Projekt Shelter am Herzen. Aber dazu vielleicht später. Bemerkenswert für die politische Orientierung einiger selbstorganisierter Mieterinitiativen ist auch, dass sich viele Aktive in den Initiativen nicht nur mit der Höhe ihrer Miete beschäftigen, sondern darüber hinaus in Unterstützung der Flüchtlinge engagieren.

? *Macht Ihr die Erfahrung, dass angesichts der sog. Flüchtlingskrise die Wohnungssituation vermehrt zu sozialen Spaltungen und Rassismus führt? Oder ist es nicht umgekehrt oder gleichzeitig eine große Chance, den Leerstand in Frankfurt zu skandalisieren und mit dem Schwung der Refugee Kämpfe sowie der Refugee Welcome Bewegung diese soziale Frage verstärkt in die Öffentlichkeit zu bringen?*

Mira: Zur Frage der Spaltung haben wir ja schon ein paar Worte verloren. Sie ist ein reales Problem, natürlich auch in Frankfurt. Schon jetzt wird mit dem „Flüchtlingssproblem“ so umgegangen, dass die „Flüchtlingsswelle“ dazu herhalten muss, Kürzungen im Sozialbereich zu rechtfertigen. Die Belastung der kommunalen Haushalte durch Flüchtlinge, die Beschaffung von Wohnraum etc. liefern eine vermeintliche Begründung dafür, dass die Forderungen der Erzieher*innen nach höherer Entlohnung als „nicht finanzierbar“ abgelehnt werden.

Rolf: Eine Patentlösung zur Bekämpfung rassistisch motivierter sozialer Spaltung können wir auch nicht liefern. Positive Beispiele für die Einbeziehung der Refugee-Bewegung in Kämpfe für Wohnraum, etwa für einen neuen sozialen Wohnungsbau, sind mir gegenwärtig noch nicht bekannt geworden. Ich denke, dafür braucht es engen Kontakt mit den neu entstandenen Unterstützungsstrukturen für Flüchtlinge. Bislang ist es eher das Hauptproblem, überhaupt lebenswerten Wohnraum für Flüchtlinge zu finden und die auf Dauer unerträgliche Unterbringung in Turnhallen, am Rande von Truppenübungsplätzen am „Arsch der Welt“, in Zelten zu beenden.

Mira: Für Frankfurt wäre eine Kampagne der Skandalisierung des Leerstands von Büroraum wirklich angesagt. Uns kann niemand erzählen, dass allein im Frankfurter Bahnhofsviertel 5- bis 8-stöckige Häuser in spekulativer Absicht über Jahre und Jahrzehnte leer stehen müssen. Da ist sicher auch von unserer Seite etwas mehr Druck gefordert, Druck auf die Stadt, auf Cunitz, auf die ABG und andere Immobilienfirmen, die die Gebäude ganz klassisch verfallen lassen, um dann nach einem notwendigen Abriss an gleicher Stelle „hochwertigen“ Wohn- oder Büroraum hochzuziehen.

? *Wie sieht in diesem Zusammenhang Eure Zusammenarbeit mit Projekt Shelter aus? Gibt es hier mehr Kooperation und neue Ideen?*

Rolf: Ja, Shelter ist eines der Projekte, die unsere bedingungslose Unterstützung verdienen. Dieses Projekt ist auch aus antirassistischer Perspektive insofern wichtig, weil Shelter sich nicht auf eine Unterteilung der Refugees in legale und nicht-legale einlässt, sondern unterschiedslos Bleiberecht und menschenwürdiges Wohnen für alle Flüchtlinge einfordert. Wir werden diese Forderung in angemessener Form gegenüber den Verantwortlichen der Stadt zur Geltung bringen. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum weder Cunitz und seine GRÜNEN, noch die Sozialdezernentin Birkenfeld bislang offensichtlich nichts dafür getan haben, dass Shelter ein Haus für ein Flüchtlingszentrum bekommt.

? *Der Niedersächsische Flüchtlingsrat formuliert in seinem aktuellen Positionspapier: „Wir brauchen einen Generalplan zur Wohnbauförderung! Vage Absichtserklärungen helfen nicht. Was Bundes- und Landesregierung hierzu bislang vorgelegt haben, ist wolkig und unkonkret. Wir brauchen konkrete neue und erweiterte Programme zur Wohnbauförderung, eine Neuauflage des sozialen Wohnungsbaus, wie es ihn in den 50er Jahren gegeben hat. Die Fördermittel des Bundes laufen bis 2019 aus, jeden Tag fallen mehr Wohnungen aus der Bindung und nur wenige kommen hinzu. Nicht nur für Flüchtlinge, auch für Obdachlose, Hartz IV – Empfänger*innen, Studierende, Frauenhäuser, entlassene Häftlinge usw. wird es immer schwerer, eine Wohnung zu bekommen. Wenn wir nicht auf Jahre hinaus ein Land voller Container- und Barackenlager werden wollen, mit allen Folgen und einem Kampf um die Ressource Wohnung, der die inländischen Modernisierungsverlierer auf den Plan ruft, müssen wir jetzt handeln!“ Ist das in Eurem Sinne? Müsste es nicht auch hier in der Region eine entsprechende neue Initiative geben?*

Mira: Sicher ist diese Initiative aus Niedersachsen interessant. Wir haben uns dazu bis jetzt noch nicht positioniert, aber dass wir uns einfach eine Neuauflage des Sozialen Wohnungsbaus der 1950er Jahre in Form eines „Generalplans zur Wohnungsbauförderung“ wünschen, halte ich bei der Zusammensetzung unserer Kampagne für unwahrscheinlich. Vor allem nicht den Bau von unzähligen neuen Großwohnsiedlungen, die rasch zum Ghetto von Flüchtlingen und Armen werden können. Was zugleich die Probleme rassistischer Spaltung in die Siedlungen selbst hineinpflanzen würde.

Rolf: Ich befürchte, dass ein derartiges Großprojekt eher zu mehr staatlich-bürokratischer Bevormundung als zu Modellen der Selbstverwaltung führen würde. In unserem Selbstverständnis haben wir unsere Vorstellung „partizipatives Planen“ genannt, das meint durchaus gemeinnützigen Wohnbau, aber jenseits von staatlicher Oberhoheit, also eine Wiederaufnahme der Idee von Gemeinnützigkeit in Bezug auf Wohnraum.

Die Forderung „Wohnung darf keine Ware sein“ in die Gegenwart transportieren. Als positiv am Vorschlag des niedersächsischen Flüchtlingsrats sehe ich seinen Anspruch, keine Lobby-Politik allein für Flüchtlinge zu formulieren. Denn in einer „Nur-Flüchtlingspolitik“ scheint mir durchaus ein erhebliches Konfliktpotential zu stecken. Häufig ist hören: Jahrelang war bei der Wohnungsförderung nichts zu machen, es ging nur in Richtung Marktkonformität. Und nun, da die „Flüchtlingswelle“ kommt, da scheint selbst im tot gesagten „Sozialen Wohnungsbau“ was zu gehen. Das könnte Tür und Tor für allerlei Rassismen öffnen. Unsere Aufgabe als Kampagne müsste sein, aufzuzeigen, dass die Wohnungsnot alle Menschen in prekären Lagen trifft und dass die Refugees hier dazu gehören.

? *Ihr formuliert in Eurem Aufruf ausdrücklich, dass „Wohnraum als soziale Infrastruktur zu organisieren“ sei. Soziale Infrastruktur ist ein umfassender Begriff und es gibt vermehrte Überlegungen in Rhein-Main, in dieser Orientierung eine übergreifende Kampagne zu starten. Ob und wie könntet ihr euch eine Mitarbeit vorstellen?*

Mira: Wir stehen allen Vernetzungsideen grundsätzlich positiv gegenüber. Gerade mit Initiativen wie Projekt Shelter, aber auch der Initiative des Roma-Fördervereins versuchen wir dies praktisch werden zu lassen. Wie sich kooperative Beziehungen zu anderen Sektoren sozialer Infrastruktur konkret gestalten lassen, beispielsweise zu Akteuren im Gesundheitswesen oder Gegner*innen des Flughafenausbaus, da sind wir noch eher in einer Experimentierphase.

Rolf: Seien wir ganz offen. Wir sind ein Zusammenhang aus linken politischen Gruppen und aus diversen Basisinitiativen, der noch ganz am Anfang steht. Wie gesagt, wir existieren seit gut einem halben Jahr. Unsere Interventionsmöglichkeiten sind sehr begrenzt. Es gibt derzeit in Frankfurt keine breitere und wirklich aktive Bewegung von Menschen, die Kämpfe um Wohnen und gegen eine profitorientierte Stadtentwicklung führen, sondern (vorerst) kleine Initiativen, die sich auf dieses Feld wagen, nachdem zahlreiche Kämpfe um die Aneignung von Raum, nicht nur Wohnraum, im Sande verlaufen sind. Ich denke, wenn wir mit der Verbreiterung der ABG-Kampagne weiter machen und Mieterprotest intensivieren und öffentlich machen, leisten wir einiges zur Politisierung der Kämpfe um soziale Infrastruktur. Wir wollen nicht, dass die Vernetzung von Initiativen in der Region ein Projekt bleibt, das lediglich am Schreibtisch ausgedacht wurde. Und wir wünschen uns, dass sich in absehbarer Vernetzung als konkrete Aufgabe stellt. Dann sind wir auf jeden Fall dabei.

DAS HERZ DER BESTIE WENDLANDISIEREN

BLOCKUPY, NOTROIKA UND DIE METROPOLE AM MAIN

18.03 – der Tag X der EZB- Eröffnung ist vorbei – Der neue Glaspalast im Ostend wirft seine Schatten und Blockupy ist in Frankfurt vorerst Geschichte. Es hat zugleich unzählige Erfahrungen und Verbindungen geschaffen, welche, wie auch das Kampagnennetzwerk im Ganzen, fortbestehen.

Was bleibt aber von Blockupy in Frankfurt und aus lokaler Perspektive? Wie ist es denen ergangen, die Blockupy vor Ort maßgeblich getragen haben? Wie wirkt eine vermeintliche ‚Eventpolitik‘ auf lokale Strukturen? Und schließlich – was lässt sich mitnehmen für eine kontinuierliche linke Politik in der Region?

VON OCCUPY UND BLOCKUPY

Blockupy entstand ziemlich genau vor vier Jahren, im Herbst und Winter 2011. In Anschluss an die ‚Arabellion‘ und als Reaktion auf die ‚Bewegung der Plätze‘ – von der Puerta del Sol über die Wallstreet bis schließlich vor die EZB in Frankfurt, schwappte eine aufrüttelnde und ermutigende Welle des Protests. Für einen Moment schien doch endlich mal vieles möglich zu sein.

Auch in Frankfurt führte Occupy zu einer recht breiten Politisierung, bei noch größerer medialer Aufwertung der Proteste. Auf einmal war Kapitalismuskritik irgendwie nett und unschuldig, weil sie ‚von den 99%‘ getragen wurde und ohne radikalen Habitus daher kam. Doch jede Welle erreicht irgendwann ihren Höhepunkt, zieht weiter und lässt nicht selbst Strömungen zurück.

Während Occupy somit langwintern vor der EZB zusteuerlokale Aktivist*innen, zupistas und in Interaktion nisationen und Netzwerken Rückenwind, um ins Leben zu rufen.

Die Initiator*innen lemm der übriggebliebenen Bündnisses ‚Georg im Jahr 2010 als Reaktion Blockade im Frankfurter gestrebt hatte, dieses dynamische schließmusste.

In einem ersten großen 2012 und bei einer Aktionsfahrplan für Blockupy erartage im Mai 2012 beschlossen.



sam aber sicher auf einen harten te, nutzten alteingesessene sammen mit einigen Occupy mit bundesweiten Organisationsstrukturen, den entstansschließlich Blockupy

waren dabei voralbene, lokale Teil des ‚Büchner‘, das bereits tation auf die Krise einer Bankenviertel anVorhaben aber manlich vorerst aufgeben

Aktionsplenium im Januar konferenz im Februar wurde beitet und europäische Aktions-

BLOCKUPY ALS EUROPÄISCHER BEWEGUNGSakteur

Im Laufe der Jahre entwickelte sich Blockupy zu einem europäischen Akteur des Widerstands. Von Anfang an wurden vielfältige Kontakte gesucht, Diskussionen transnational geführt und eine stetig wachsende internationale Beteiligung erreicht. Wie keine andere soziale Bewegung in der BRD vermochte es Blockupy zudem,

in den letzten Jahren den Staat und seine Ordnungsbehörden herauszufordern. Von den Verbotsorgien im ersten Anlauf über den Megakessel bei Blockupy II, den Sturm des Geländes der neuen EZB beim Blockupy Festival, bis schließlich zu dem größten Wasserwerferaufgebot in der Geschichte der BRD zur Eröffnung der neuen EZB: Bei Blockupy in Frankfurt war der Ausnahmezustand garantiert.

Blockupy schaffte es offensichtlich, den Stachel am richtigen Ort zu platzieren. Das Überreagieren des Staates sorgte gleichzeitig für einen Diskurs, der sich zu häufig auf Fragen um Gewalt und Grundrechte verengte. Wiederholt und gezielt sollte Blockupy durch das Herbeireden von Krawallen delegitimiert werden. Dass Blockupy 2012 und 2013 in der öffentlichen Wahrnehmung stets die Oberhand behielt und selbst 2014, als kaum jemand damit rechnete, mit der Erstürmung und knallbunten Markierung des brandneuen EZB-Neubaus punktete, musste die Verantwortlichen in Ämtern und Behörden zwangsläufig provozieren. Bei den Protesten zur Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes am 18.3.2015 wandelte sich die öffentliche Wahrnehmung von Blockupy schließlich ein Stückweit.

DIE EZB-ERÖFFNUNG ALS WENDEPUNKT?

Eingeworfene Glasfassaden und brennende Barrikaden am frühen Morgen beherrschten die Berichterstattung zur EZB-Eröffnung. Im Nachgang wurde Blockupy im öffentlichen Diskurs massiv angegriffen. Die Blockade der EZB von über 6000 Menschen und die eindrucksvolle Demonstration von über 15.000 Menschen an einem Mittwochabend gerieten dagegen aus dem Blickwinkel.

Wohl auch durch das Wirken Blockupys wurde bereits im Vorfeld die Eröffnung des EZB-Neubaus zu einem peinlichen formalen Akt reduziert. Bei fast vollständigen Fehlen prominenter Gäste erschien das Aktionsziel, die Blockade des Festaktes in den frühen Morgenstunden, plötzlich als einigermassen unattraktiv. Gleichwohl gelang eine recht breite Mobi-Kampagne, um ein Zeichen für einen europäischen Frühling zu setzen. Schon frühzeitig wurde dabei deutlich, dass viele Aktivist*innen über Blockupy hinaus den 18.3. für ihren Widerstand nutzen würden. Mit M18 und Destroika gab es eigenständige Mobilisierungen, die im Vorfeld nur bedingt mit der Choreografie von Blockupy abgestimmt wurden und sich in der Aktion defacto räumlich und zeitlich eng vermischten. Die Lage unterschied sich daher deutlich von den Vorjahren.

Blockupy 2015 war Ausdruck eines europäischen Widerstands gegen die kapitalistische Zurichtung all unserer Lebensbereiche – hunderte Aktivist*innen aus ganz Europa nahmen an den Protesten teil. Es gibt nicht wenige, die mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf die Tage zurückblicken. Zum einen gibt es da die Genugtuung, nach den Verboten und dem Kessel konnte sich manch angesammelte Wut und Ohnmachtserfahrung entladen. Der Rauch über der Stadt machte auch eines deutlich: Wir sind nicht nur brave Aktivist*innen, die sich in regelmäßigen Abständen kesseln und in Gewahrsam nehmen lassen. Wir sind wirklich wütend und brennen für Veränderung. Auch dadurch wurde ein gewisses Zeichen im ‚Herzen des Bestie‘ gesetzt.

Es gibt aber auch das weinende Auge, die starke Erschöpfung am 19.03, der breite Gegenwind aus der Öffentlichkeit, dem man nur bedingt standhalten konnte, das eigene Aktionsziel der Blockade, das trotz starker Beteiligung zwangsläufig in den Hintergrund trat und darüber hinaus in seinem Ziel einer effektiven Blockade nicht aufging. Blockupy steht für entschlossenen, frechen, kollektiven und partizipativen zivilen Ungehorsam. Dies wurde am 18.3.2015 wenig sichtbar, obwohl die deutliche Mehrheit am frühen Morgen dieses Ziel verfolgte.

Viele Anstrengungen wurden unternommen, die sich kaum im kollektiven Gedächtnis festsetzen werden: Wir waren bunt, haben unzählige Schilder und politische Botschaften mitgeführt, haben Polizeiketten entschlossen und ohne zu eskalieren durchflossen, um die Zufahrtswege zur EZB zu blockieren, trotzten solidarisch den Tränengasschwaden und sorgten gemeinsam für einen geordneten Rückzug.

Auch die Demo am Abend beeindruckte doch viele. Sie hat vielleicht gerade gezeigt, was die lokale Verankerung eines ‚Events‘ ausmacht. An einem Mittwochabend kamen unzählige Menschen, die weder auf Vollver-

VOM NETZWERK ZUR GRUPPE?

Im ersten Jahr gelang es NoTroika noch in weiten Teilen die Breite des Blockupy-Bündnis in der Region widerzuspiegeln: Insbesondere von Attac und der Linkspartei fand eine kontinuierliche Mitarbeit statt, Menschen reisten regelmäßig aus Marburg an und sogar die *Grüne Jugend* war zeitweise dauerhaft vertreten. Gleichzeitig blieben große Teile der ‚Szene‘ in Frankfurt noch sehr skeptisch und reserviert und beteiligten sich zunächst nur zögernd an Blockupy. Dagegen war NoTroika von Beginn an offen für interessierte Einzelpersonen und unterschied sich dadurch von so manchen klassischen Vernetzungsprozessen zwischen etablierten Gruppen und Organisationen.

Bereits bei den ersten Aktionstagen 2012 war NoTroika voll gefordert. Nach den massiven Versammlungsverboten und dem Scheitern des anvisierten ‚Take the Square‘ musste vieles improvisiert werden. Ein echter ‚Plan B‘ fehlte – aber dennoch endeten die Aktionstage letztlich als Erfolg.

Als Folgeprojekt zu den ersten Aktionstagen organisierte NoTroika eigenständig Aktionen gegen die ‚Euro Finance Week‘ im November 2012, um eine kontinuierliche Arbeit vor Ort zu ermöglichen und auch das inhaltliche Profil zu schärfen. Mit ‚Protestzone Terminal‘ fand eine gemeinsame Veranstaltung von Antira-Aktiven und Flughafengegner*innen statt, außerdem die Diskussion ‚Im Innern der Türme‘ zu prekärer Arbeit und Ausbeutung von Dienstleistungspersonal in den Bürohochhäusern der Stadt. Als aktionistischer Teil wurde die Eröffnung kritisch begleitet, die alte Börse in einer ‚Recht auf Stadt‘-Aktion belagert und schließlich unter dem Motto ‚In Ruhe dinnern ist nicht mehr‘ eine Demonstration durchgeführt, die von zahlreichen Akteuren aus der linken Szene über NoTroika hinaus mitgetragen wurde.

In dieser Zeit begann sich NoTroika stärker zu einer Mischung aus Netzwerk und Gruppe zu transformieren. Größere Bündnisakteure wie Attac oder die Linkspartei verlagerten ihr Bündnis-Engagement verstärkt in die übergeordnete Blockupystruktur, dafür entwickelte sich mehr und mehr eine kontinuierliche und feste Beteiligung und damit auch eine verstärkte Identifikation einzelner Aktivist*innen mit NoTroika.

Einen Höhepunkt erreichte die Dynamik und Handlungsfähigkeit von NoTroika in gewisser Weise im Frühjahr 2013. Im Vorfeld der Aktionstage am 31. Mai und 1. Juni wurde gemeinsam das Camp auf dem Rebstockgelände vorbereitet. In dieser Zeit kamen nochmal viele Menschen zu NoTroika dazu, was die sehr erfolgreiche Durchführung des Aktionscamps ermöglichte. Das Camp hat sicher einen wesentlichen Anteil an dem positiven Gefühl, das Blockupy 2013 trotz des Kessels für viele hinterlassen hat. Es bot endlich Raum und Zeit für Begegnung und Aktionsvorbereitung. Es zeigte sich auch, dass in einem Camp viele Infrastrukturaufgaben deutlich besser geleistet werden können als in improvisierten oder dezentralisierten Settings. Weshalb schließlich auch mehr Menschen aktiv in die Vorbereitungen eingebunden werden konnten.

Auch die Kampagne als Ganzes strahlte nochmal stärker in die lokale Szene ab, die nach und nach ihre Berührungsgänge abbaute. Dafür sorgte auch das Dazustoßen von ‚Ums Ganze‘, insbesondere mit der Aktion ‚Blockupy Deportation Airport‘ im Rahmen der zweiten Welle. Weitere sehr erfolgreiche Aktionen waren die Blockade der Zeil gegen die Ausbeutung in der Textilindustrie und mit einem sehr aktiven Care Block, sowie gegen Immobilienspekulation und für ein „Recht auf Stadt“ und gegen Nahrungsmittelspekulation an der Deutschen Bank. Die „zweite Welle“ sorgte für eine neue Qualität und inhaltliche Ausweitung der Proteste, auch wenn dies in der Wahrnehmung letztendlich einmal mehr von der Frage der Repression und dem Kessel am Folgetag überlagert wurden.

Auch im Jahr 2013 mobilisierte NoTroika wieder gegen die *Euro Finance Week*, jedoch mit etwas nachlassender Dynamik. Dennoch wurde wiederum versucht, thematische Brücken zu schlagen: In Diskussionen um solidarische Landwirtschaft, den Schattenseiten des ‚Betongolds‘, einer Flughafenrallye und schließlich einer Abschlussdemonstration. Im Nachgang des Camps 2013, so lässt sich im Rückblick feststellen, wurde dennoch versäumt, die positive Dynamik mitzunehmen und NoTroika und damit Blockupy fester und vertieft auf lokaler Ebene zu verankern. Das mag mehrere Gründe haben:

MANGELNDE VERANKERUNG VON NOTROIKA UND BLOCKUPY

Die (öffentlich wahrgenommene) Krisendynamik in Europa nahm langsam ab und wurde langsam zur neuen ‚Normalität‘. Die Massenbewegungen in Südeuropa schienen sich langsam tot zu laufen oder zumindest an Aufmerksamkeit zu verlieren. Deutschland stellte sich immer mehr als Krisengewinner heraus; Widerstand gegen Austeritätsprogramme verblieb daher dauerhaft ein Randthema, das sich hierzulande kaum popularisieren ließ. Eine Ausweitung ins bürgerlich-linksliberale Spektrum und eine vertiefte Zusammenarbeit mit Gewerkschaften blieb bis zuletzt marginal. Im Rückblick muss sicher auch gefragt werden, ob mit der Europäischen Zentralbank der richtige Akteur angegriffen wurde, beziehungsweise inwiefern es gelang, Widerstand an der Politik der EZB zu kristallisieren.

Viele von uns setzten aufgrund entsprechender Bedenken schon frühzeitig eine große Hoffnung in die Ausweitung der Kampagne auf weitere Themen und Krisenaspekte, unter anderem durch das Konzept der ‚zweiten Welle‘, welches jedoch nach einem Höhepunkt 2013, in der Mobilisierung zu Tag X kaum noch eine Rolle spielte. Neben den übergeordneten Problemen, die Blockupy-Kampagne auszuweiten, war NoTroika dauerhaft mit weiteren Herausforderungen konfrontiert:

Als lokale Orgastruktur stellte sich häufig insbesondere die Aufgabe, die ‚Reproduktionsarbeit der Kampagne‘ vor Ort zu erledigen – was entweder eine gute Arbeitsteilung oder hohe Aufopferungsbereitschaft einzelner erfordert. Trotz einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit vielen Akteur*innen über Gruppen-

Jahre nur
Wie sind
w i r

oder Spektrengrenzen hinaus bestand daher über die bedingt Raum für inhaltlich-konzeptionelle Arbeit.

die Kräfteverhältnisse in Frankfurt? Wie stellen uns eine antikapitalistische Wendlandisierung vor? Welche Inhalte wollen wir ins Zentrum stellen? Für viele maßgebliche Fragen blieb stets wenig Raum, was schließlich einen wesentlichen Grund für den Versuch darstellte, einen Regio-Rat aufzubauen. Insgesamt war es stets schwierig, nach diversen Großereignissen in ‚die Mühen der Ebene‘ überzugehen. Dass NoTroika überhaupt über all die Jahre fortbestand und, wenn es darauf ankam, immer zur Stelle war, ist allen voran einzelnen Aktivist*innen zu verdanken, die das Projekt nie aufgegeben haben.



Auch
einer
py Platt-
suche der Öff-
Einladungen zu den
zeitig während den jeweiligen Mobilisierungen Wissen verbreitert und ein Diskussionsraum geöffnet.

wenn sich NoTroika letztendlich in Richtung Gruppe entwickelte und nur bedingt als ‚Blockuform vor Ort‘ fungierte, wurden immer wieder Ver-
nung und Verbreiterung unternommen. Es gab offene
Treffen, in regionalen Vollversammlungen wurde schon früh-

Ab Frühjahr 2014 fanden monatliche Zaunspaziergänge an der EZB statt. Thematisiert wurden Militarismus, das europäische Grenzregime, Recht-auf-Stadt und Verdrängung im Ostend, feministische Kritik und vieles mehr. Es wurde ein weiteres Mal versucht, Blockupy als verbindende Klammer unterschiedlicher Teilbereichskämpfe zu setzen. Die Spaziergänge setzten dabei zugleich stets auf ungehorsame, direkte Aktionen am Zaun. Trotz großer Bemühungen und vieler gelungener Aktionen verblieb die Beteiligung und der gewünschte Effekt einer zunehmenden Dynamik hin zu Tag X, (der ja zunächst im Herbst 2014 stattfinden sollte) hinter den Erwartungen zurück.

Im Spätsommer 2014 drohte Blockupy langsam die Luft auszugehen. Das vergebliche Warten auf den Tag X

begann wirklich zu nerven, das eilig zusammengestrickte Festival ‚talk, dance, act‘ wirkte da wie ein letzter Notnagel, die Kampagne zusammenzuhalten.

Auf lokaler Ebene stellte sich nach den vielen monatlichen Zaunspaziergängen und in Ermangelung konkreter Handlungsmöglichkeiten zur Vorbereitung der Proteste gegen die EZB-Eröffnung eine gewisse Müdigkeit ein. Glücklicherweise traten dafür andere auf den Plan, organisierten ein letztendlich doch recht erfolgreiches Festivalprogramm mit dem Highlight der spontanen Überwindung des Zauns an der EZB samt massenhafter Markierung des Eingangsportals in den Blockupy-Farben. Passend zum Festival wurde schließlich auch der Tag der Eröffnung bekanntgegeben, die Planungen konnten also losgehen.

TAG X, NOTROIKA UND DIE INFRASTRUKTUR

Das Aktionskonzept für die EZB-Eröffnung stellte uns als lokale Struktur vor große Herausforderungen: Es musste eine kurzfristige Infrastruktur für tausende Aktivist*innen geschaffen werden, an einem Mittwoch sollten Tausende am frühen Morgen auf der Straße sein, am besten an den Sammelpunkten ihrer verschiedenfarbigen Finger. Weitere Tausende sollten noch am Abend durch die Innenstadt demonstrieren. Es brauchte Orte für Informationen und einen ‚zentralen Ort‘ zum Ausruhen zwischendurch und für die VoKü. Es brauchte Orte für Sanis, den EA, Pressearbeit, das Infotelefon, die Schlafplatzbörse und einiges mehr. Im Vorfeld des 18.03.15 war es dennoch schwierig, eine breite Unterstützung vor Ort zu organisieren. Es gab leider nur wenig unvorhergesehenen Zuwachs an Leuten, die später wirklich Verantwortung übernehmen konnten. Währenddessen stellte sich heraus, dass die NoTroika Treffen kaum dazu ausreichten, all die Aufgaben zu bearbeiten – viele Aufgaben ließen sich zudem nur schwer delegieren.

Nicht zuletzt wollten wir selbst auf der Straße aktiv werden und bei der erfolgreichen Blockade des EZB-Neubaus mitwirken. Es zeigte sich schließlich als Versäumnis, keine strikte Aufgabendelegation im Vorfeld durchgeführt zu haben. Die Hoffnung, auf spontane Solidarität bei der Durchführung notwendiger Aufgaben zu setzen, erfüllte sich zwar durchaus in einigen Fällen, aber nicht in ausreichendem Maße, so dass zu viel Arbeit und Verantwortung an zu wenigen Menschen hängen blieb. An diesem so dichten Tag des Widerstands gab es offensichtlich recht wenig Bereitschaft, auf die eine oder andere Aktion zu verzichten um die Infrastruktur zu unterstützen oder auch nur spontan mit anzupacken. Insgesamt ein Zustand, der für viele Beteiligte ein ungutes Gefühl zurück ließ. Über die Jahre waren wir als NoTroika immer wieder mit dem Gefühl (und der Notwendigkeit) konfrontiert, Dinge nur in unzureichendem, unfertigen oder nicht perfekten Maße umsetzen zu können, sei es in der Mobilisierung, der inhaltlichen Debatte oder eben der Orga von Infrastrukturaufgaben. Vieles wird, vieles wurde (zwangsläufig) prekär gemacht – mit wenig Zeit, wenig Ressourcen und teilweise fehlenden zündenden Ideen.

Gleichzeitig wurde sich mit beachtlicher Kontinuität und stoischer Maulwurfsarbeit doch immer wieder ‚durchgewurschtelt‘ und vieles auf die Beine gestellt. Dabei halfen immer wieder tolle Begegnungen, hier und da ein Schulterklopfen oder der gewachsene Zusammenhalt der Kerngruppe. Im Verhältnis zu den begrenzten Kapazitäten hat NoTroika zweifelsohne viel erreicht.

Es stellt sich trotzdem und gerade in Bezug auf Blockupy 2015 die Frage, was schief gelaufen ist und wie ein Event wie Blockupy wirklich kollektiv und solidarisch getragen werden kann. Weiterhin ist offen, wie es mit dem thematisch übergeordneten Ansatz, den NoTroika in den Blockupy Mobilisierungen, bei der Finance Week oder den Zaunspaziergängen gesucht hat, weitergeht.

WAS KOMMT NACH BLOCKUPY IN RHEIN MAIN?

Mit Blockupy ist es uns wiederholt gelungen, tausende Menschen aus der Region auf die Straße zu bringen. Blockupy hat durchaus Leute politisiert, hat erste Aktionserfahrungen ermöglicht und zum Teil auch zur dauerhaften Organisation beigetragen. Unzählige haben uns Schlafplätze angeboten oder haben sich zumindest für unser Versammlungsrecht eingesetzt. Auch wenn es nie die Massen waren, die den Funken wirklich

dauerhaft zum Zünden gebracht haben, so stellt sich doch die Frage, wie, wann und wo wir mit diesem vielen Menschen wieder gemeinsam Politik machen werden. Wie können wir in Zukunft auch in kleineren, regionalen Mobilisierungen den übergreifenden Charakter, den Blockupy immer wieder aufgezeigt hat, herstellen? Auch nach Blockupy gilt es bei aller Notwendigkeit radikaler Kritik, immer wieder eine stärkere Breite herzustellen. Themen müssen popularisiert werden, um Menschen dort zu erreichen, wo sie stehen und zu gemeinsamer Praxis einzuladen.

Gleichzeitig sollten wir an die positiven Erfahrungen anknüpfen. Gerade aus lokaler Perspektive der zweiten Welle spannende Anregungen für ohne eine überregionale Eventmobilisierung kreative Spielräume öffnet und eine möglichen regelmäßigen, überschaubaren Szenen mit wenigen hundert Teilnehmer*innen könnte. In einer Aktion zivilen Ungehörigen hundert Teilnehmer*innen dagegen zu erreichen. Nach Blockupy droht die regionaler allerdings bislang einmal mehr in alte Museln. Es gelang im Nachgang kaum, in einem Spektrum gemeinsam zu agieren, sei es bei gegen Nazis im Juni 2015, bei Demonstrationen und Solidarität anlässlich der Fluchtbewegungen oder gegen die Einheitsfeierlichkeiten mit dem zynischen Überwinden. Die temporäre Bündnisse verblieben stets im Spektrum und erreichten auch dort nur einen Bruchteil des Potentials.

Gerade in einer Situation, in der uns allen eine effektive und entschlossene Reaktion der Bewegungslinken auf die aktuellen Flüchtlingsbewegungen unter den Nägeln brennt, zeigt sich deutlich, wie sehr es an gemeinsamen Orten und Verständigungsmöglichkeiten vor Ort fehlt. Bisher ist es uns kaum gelungen, einen vertieften Organisationsprozess vor Ort im Windschatten von Blockupy einzuleiten. Der Blockupy-Prozess und NoTroika boten dafür eigentlich einen idealen Bezugsrahmen. Es bestand ein relativ breites, kontinuierliches Bündnis in der Region mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten und der Chance, eigene Inhalte einzuschreiben. Dabei konnte die Auseinandersetzung mit Kampffeldern und Akteuren vor Ort gesucht und damit eine Verbindung von lokaler und transnationaler Ebene hergestellt werden. Warum dies nur in begrenztem Maße gelang, bleibt eine offene Frage.

Nichtsdestotrotz haben wir immer wieder gemeinsam gesprochen, gemeinsam agiert oder uns auch nur dieselben Fragen zu den jeweiligen Ereignissen gestellt.

Noch sind die Erfahrungen mit Blockupy in Rhein-Main frisch. Wir sollten jetzt nicht zu schnell wieder zum Tagesgeschäft übergehen, sondern von Zeit zu Zeit überlegen, was wir von Blockupy lernen können oder mitnehmen wollen. Dabei gilt es vom alleinigen Fokus auf den 18.03 wegzukommen und den größeren Horizont, der sich im Rückspiegel nun langsam abzeichnet, in den Blick zu nehmen. Wie stellen wir uns eine Handlungsfähige (radikale) Linke im Rhein-Main Gebiet vor? Was sollte vom Geiste Blockupys erhalten werden? Wenn die Analyse richtig war, dass Frankfurt ein Herz des europäischen Krisenregimes darstellt, was heißt dies für eine kontinuierliche linksradikale Praxis vor Ort? Für uns ist klar, dass es für diese Fragen Zeiten und Räume braucht.



des zivilen Ungehört bietet das Konzept eine Praxis, die auskommt, Alternative zu latschdemos darstellen sam ist mit schon viel onale Szeneter zu verfallerweiterten den Protesten für offene Grenzen des Sommerschen Motto ‚Grenzen recht engen linksradikalen

UND WIE WEITER?

Die Broschüre soll einmal mehr demonstrieren, wie aktuelle Kämpfe in Rhein-Main zusammengedacht werden können bzw. in engem Bezug zueinander stehen: „Wohnraum für alle!“ und die Forderung nach dezentraler Unterbringung von Geflüchteten gehören für uns ebenso zusammen, wie das Feld der prekären Arbeitsverhältnisse nicht ohne die Diskussion über Hierarchien von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen auskommt. Wir präsentieren euch mit diesem Heft Einblicke in einige Kämpfe, in denen wir selbst stecken und in denen wir praktische Erfahrungen sammeln.

Und „Praxis“ ist das Stichwort, das unserer Meinung nach nun ansteht. Wir wissen alle um die Notwendigkeit, inhaltliche Brücken zu schlagen und nicht im eigenen Mikrokosmos – etwa eines lokalen Arbeitskamps – zu versinken. Uns ist die Bedingtheit der einzelnen Kampffelder voneinander ja völlig bewusst – denn wir wollen alle mehr als nur ein Stopp der Mieterhöhungen, mehr als die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für einen geflüchteten Freund oder die Rücknahme der Kündigung des ohnehin beschissenen Arbeitsplatzes. Natürlich haben wir dabei die antikapitalistische Perspektive im Kopf, auch wenn sie im Alltagsgewirr der Kämpfe schnell mal aus dem Blickfeld gerät.

Wir scheitern oft an der praktischen Ausgestaltung der nötigen inhaltlichen Brücken: wie soll das funktionieren, nach der Kundgebung vor der Arbeitsagentur schnell noch zur Soli-Aktion für eine Zwangsräumung zu gehen, und das nach acht Stunden Lohnarbeit? Wie spreche ich mit gekündigten Mieter*innen über fehlende Sprachkurse für bulgarische Wanderarbeiter im Ostend? Und wie kann ein Bezug aufeinander mehr sein, als auf jeder Demo und Aktion mit dem Transparent „Refugees welcome“ die antirassistische Perspektive einzubringen? Oder mit einem Strauß von zehn Redebeiträgen auf einer Demo immer wieder die wichtigsten Verbindungslinien aufzuzeigen?

Jenseits der Diskussion über den Sinn von Forderungen nach kostenfreier Infrastruktur und einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle sind es diese praktischen Fragen, die wir weiter mit euch zusammen diskutieren wollen.

Kämpfe bündeln – dafür erscheint uns die Eröffnung eines neuen, eines weiteren Kampffeldes falsch und unnötig. Welche Kampffelder und Ansätze im Rhein-Main-Gebiet repräsentieren bereits eine übergreifende Perspektive und wo finden sich Potentiale für neue Dynamik? Was können wir aus Blockupy lernen, mit dem es ja zeitweise gelungen war, verschiedene Themen kraftvoll miteinander zu verbinden, während Alltagskämpfe sich darin jedoch nur selten wiederfanden?

Die aktuelle Situation der vielen Geflüchteten in Europa und hier in Deutschland stellt derzeit die soziale Frage mit ganz neuer Dringlichkeit. Wie können wir sie nutzen und wie begegnen wir der politischen Herausforderung einer sozialen Spaltung überhaupt, dem gegeneinander Ausspielen verschiedener Interessen, wie sie jetzt aufgrund der jahrelangen Mängelverwaltung und Sparpolitik droht? Wie muss ein gemeinsames Vorgehen hier im Rhein-Maingebiet aussehen?

In konkreten Forderungen nach sozialer Infrastruktur, vom Zugang zu Bildung, Gesundheit und Mobilität bis zu würdigem Wohnraum für alle und selbstverwalteten Räumen der Begegnung sehen wir dabei einen möglichen gemeinsamen Bezugspunkt unterschiedlicher Kämpfe.

ЭМА ЭНТЕБОРА

!EЭPMÄЯЭ ИЭЭЭJ ЭТУЭ ЗAD

ЭТНЭТЭ ЭМТЭБОРА

FRANKFURT, RHEIN-MAIN BIS TRANSNATIONAL



BEWEGUNGSFREIHEIT



ЭJAJEЭЭ ЭИЭЭЯ
ЯУТКУРТЗАРЯИ

ЭJJA ЯÜЭ ТDATZ



ЭKЯТЗ JAJOTAJNЭMЯТ